

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

2/2018

Spendenempfehlung: 2,00 €

Der falsche Kompass

**Für welche Ökonomie kämpft die
kommunistische Bewegung?**

**Von
Frank Flegel**

Redaktionsnotiz

Frank Flegel: Für welche Ökonomie kämpft die kommunistische Bewegung?

Vorbemerkung

1. Unsere Klassiker

2. Sozialistische Ökonomie - theoretische Grundlagen

3. Konkrete historische Erfahrungen mit dem revisionistischen Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion seit 1953

4. Referat von Werner Seppmann bei der Veranstaltung „Der Zukunft wegen“ am 4.11.2017 in Heidenau bei Dresden

5. Analyse der von Werner Seppmann vorgetragenen Vorstellungen:

6. Seppmann ist (leider) nicht allein.....
Entwurf der Sozialismusvorstellungen der DKP (Auszüge).....

Prof. Dr. Achim Dippe: Sozialismus und Wertgesetz – eine widersprüchliche Einheit (erschieden im RotFuchs, Ausgabe August 2017, Auszüge)

7. Fazit

Redaktionsnotiz

Der Anlass für dieses Sonderheft ist das Referat von Werner Seppmann, gehalten bei der Veranstaltung „Der Zukunft wegen“ von KPD, GRH, RFB, dem Deutschen Freidenker-Verband und offen-siv zu Ehren des 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 4.11.2017 in Heidenau bei Dresden.

Werner Seppmann hat dort - mit den Veranstaltern nicht abgesprochen, er hatte für ein anderes Thema zugesagt - seine revisionistischen Thesen über die ökonomische Entwicklung der Sowjetunion vorgetragen, was nicht nur wegen des nicht verabredeten und nicht angekündigten Themawechsels eine

Unverschämtheit war, sondern auch, weil er damit die politische Orientierung der Veranstaltung auf den Kopf zu stellen versuchte.

Wir waren – viel zu blauäugig, wie sich herausstellte – selbstverständlich davon ausgegangen, dass sich die Referentinnen und Referenten an die Verabredungen und an das Programm halten. Das war ein Irrtum, wie sich im Fall Seppmann zeigte.

Nun bleibt nichts anderes, als die falschen Thesen des Werner Seppmann genau zu analysieren und fundiert zu kritisieren. So können wir diese eigentliche unglaubliche Situation eventuell noch zu etwas Sinnvollem wenden.

Die Frage, für welches Ziel die kommunistische Bewegung steht und kämpft, werden sicherlich alle beantworten mit dem Wort: Für den Sozialismus. Aber wenn es um die Grundlage des Sozialismus, die Ökonomie geht, wird es plötzlich kompliziert, denn da ist wenig bis nichts klar, es kursieren die unterschiedlichsten „Vorstellungen“ und Konzepte. Es gibt keine Einigkeit über die Eigentumsformen im Sozialismus, keine Einigkeit über Beibehaltung oder Überwindung des Wertgesetzes im Sozialismus, keine Einigkeit über die Funktion des Staates im Sozialismus, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen..

Um Richtung in dieses Chaos zu bringen lohnt ein Blick auf unsere Klassiker und ein Blick auf die bisherige Geschichte des Sozialismus.

Dazu soll dieses Sonderheft dienen.

Zeitungsmachen kostet Geld, Sonderhefte machen kostet zusätzliches Geld. Wir müssen wie immer um Spenden bitten, denn ohne Spenden keine regelmäßig erscheinende offen-siv und keine Sonderhefte.

**Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,
IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,
BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.**

Frank Flegel: Für welche Ökonomie kämpft die kommunistische Bewegung?

Vorbemerkung

Ein kurzer Überblick über den Aufbau dieses Heftes scheint mir notwendig.

Ich beginne mit dem, was unsere Klassiker zu den behandelten Fragestellungen gesagt und begründet haben. Es geht um die Fragen: Eigentumsformen im Sozialismus, Warenproduktion im Sozialismus, Wertgesetz im Sozialismus.

Danach stelle ich, basierend auf der Marxschen Kapitalanalyse und unseren Klassikern, die Grundlagen der Ökonomie des Sozialismus/Kommunismus dar.

Im Anschluss daran zeichne ich den Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion seit dem Amtsantritt Chuschtschows nach – bis zum bitteren Ende.

Dem folgt die Dokumentation des oben angesprochenen Referates von Werner Seppmann mit zwei zusätzlichen Antworten von ihm auf Nachfragen aus dem Publikum.

Diese Dokumentation macht selbstverständlich eine Analyse und Kritik der von Seppmann aufgestellten Thesen notwendig.

Dann komme ich zu dem Problem, dass Werner Seppmann keinesfalls ein einsamer Abweichler ist, sondern dass man seine Thesen eher dem „Mainstream“ innerhalb der Linken und auch in weiten Teilen der kommunistischen Bewegung zurechnen muss. Dazu dokumentiere und kritisiere ich exemplarisch Auszüge aus einem Artikel aus dem RotFuchs und aus dem Entwurf der Sozialismusvorstellungen der DKP.

Das Heft schließt mit einem kurzen zusammenfassenden Fazit.

1. Unsere Klassiker

Zur Frage der Klassen und des Klassenkampfes Karl Marx und Friedrich Engels:

„Alle bisherigen Bewegungen waren Bewegungen von Minoritäten oder im Interesse von Minoritäten. Die proletarische Bewegung ist die selbstständige Bewegung der ungeheuren Mehrzahl im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne dass der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird.“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 472f.)

„Alle früheren Klassen, die sich die Herrschaft eroberten, suchten ihre schon erworbene Lebensstellung zu sichern, indem sie die ganze Gesellschaft den Bedingungen ihres Erwerbs unterwarfen. Die Proletarier können die gesellschaftlichen Produktivkräfte nur erobern, indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise abschaffen. Die Proletarier haben nichts von dem Ihrigen zu sichern, sie haben alle bisherigen Privatsicherheiten und Privatversicherungen zu zerstören.“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 472)

Karl Marx und Friedrich Engels über den Unterschied zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft:

„In der bürgerlichen Gesellschaft ist die lebendige Arbeit nur ein Mittel, die aufgehäuften Arbeit zu vermehren. In der kommunistischen Gesellschaft ist die aufgehäuften Arbeit nur ein Mittel, um den Lebensprozess der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern. In der bürgerlichen Gesellschaft herrscht also die Vergangenheit über die Gegenwart, in der kommunistischen die Gegenwart über die Vergangenheit. In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbstständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbstständig und unpersönlich ist. Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! Und mit Recht. Es handelt sich allerdings um die Aufhebung der Bourgeois-Persönlichkeit, -Selbstständigkeit und -Freiheit.“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 476)

Über Privatarbeit und gesellschaftliche Arbeit, unterschiedliche Gesellschaftsformationen und den „Verein freier Menschen“ schrieb Karl Marx:

„Es ist aber ebendiese fertige Form, - die Geldform - der Warenwelt, welche den gesellschaftlichen Charakter der Privatarbeiten und daher die gesellschaftlichen Verhältnisse der Privatarbeiter sachlich verschleiert, statt sie zu offenbaren. Wenn ich sage, Rock, Stiefel usw. beziehen sich auf Leinwand als die allgemeine Verkörperung abstrakter menschlicher Arbeit, so springt die Verrücktheit dieses Ausdrucks ins Auge. Aber wenn die Produzenten von Rock, Stiefel usw. diese Waren auf Leinwand – oder auf Gold und Silber, was nichts an der Sache ändert – als allgemeines Äquivalent beziehen, erscheint ihnen die Beziehung ihrer Privatarbeiten zu der gesellschaftlichen Gesamtarbeit genau in dieser verrückten Form. Derartige Formen bilden eben die Kriterien der bürgerlichen Ökonomie. Es sind gesellschaftlich gültige, also objektive Gedankenformen für die Produktionsverhältnisse dieser historisch bestimmten gesellschaftlichen Produktionsweise, der Warenproduktion. Aller Mystizismus der Warenwelt, all der Zauber und Spuk, welcher Arbeitsprodukte auf Grundlage der Warenproduktion umnebelt, verschwindet daher sofort, sobald wir zu anderen Produktionsformen flüchten.

Da die politische Ökonomie Robinsonaden liebt, erscheine zuerst Robinson auf seiner Insel. Bescheiden, wie er von Haus aus ist, hat er doch verschiedenartige Bedürfnisse zu befriedigen und muss daher nützliche Arbeiten verschiedener Art verrichten, Werkzeuge machen, Möbel fabrizieren, Lama zähmen, fischen, jagen usw. Vom Beten und dergleichen sprechen wir hier nicht, da unser Robinson daran sein Vergnügen findet und derartige Tätigkeit als Erholung betrachtet. Trotz der Verschiedenheit seiner produktiven Funktionen weiß er, dass sie nur verschiedene Betätigungsformen desselben Robinson, also nur verschiedene Weisen menschlicher Arbeit sind. Die Not selbst zwingt ihn, seine Zeit genau zwischen seinen verschiedenen Funktionen zu verteilen. Ob die eine mehr, die andere weniger Raum in seiner Gesamttätigkeit einnimmt, hängt ab von der größeren oder geringeren Schwierigkeit, die zur Erzielung des bezweckten Nutzeffekts zu überwinden ist. Die Erfahrung lehrt ihn das, und unser Robinson, der Uhr, Hauptbuch, Tinte und Feder aus dem Schiffbruch gerettet hat, beginnt als guter Engländer bald

Buch über sich selbst zu führen. Sein Inventarium enthält ein Verzeichnis der Gebrauchsgegenstände, die er besitzt, der verschiedenen Verrichtungen, die zu ihrer Produktion erheischt sind, endlich der Arbeitszeit, die ihn bestimmte Quanta dieser verschiedenen Produkte im Durchschnitt kosten. Alle Beziehungen zwischen Robinson und den Dingen, die seinen selbstgeschaffenen Reichtum bilden, sind hier so einfach und durchsichtig, dass selbst Herr M. Wirth sie ohne besondere Geistesanstrengungen verstehen dürfte. Und dennoch sind darin alle wesentlichen Bestimmungen des Werts enthalten.

Versetzen wir uns nun von Robinsons lichter Insel in das finstere europäische Mittelalter. Statt des unabhängigen Mannes finden wir hier jedermann abhängig – Leibeigene und Grundherren, Vasallen und Lehnsgewer, Laien und Pfaffen. Persönliche Abhängigkeit charakterisiert ebensowohl die gesellschaftlichen Verhältnisse der materiellen Produktion als die auf ihr aufgebauten Lebenssphären. Aber eben, weil persönliche Abhängigkeitsverhältnisse die gegebene gesellschaftliche Grundlage bilden, brauchen Arbeiten und Produkte nicht eine von ihrer Realität verschiedene phantastische Gestalt anzunehmen. Sie gehen als Naturaldienste und Naturalleistungen in das gesellschaftliche Getriebe ein. Die Naturalform der Arbeit, ihre Besonderheit, und nicht, wie auf Grundlage der Warenproduktion, ihre Allgemeinheit, ist hier ihre unmittelbar gesellschaftliche Form. Die Fronarbeit ist ebensogut durch die Zeit gemessen wie die Waren produzierende Arbeit, aber jeder Leibeigene weiß, dass es ein bestimmtes Quantum seiner persönlichen Arbeitskraft ist, die er im Dienst seines Herrn verausgabte. Der dem Pfaffen zu leistende Zehnte ist klarer als der Segen des Pfaffen. Wie man daher immer die Charaktermasken beurteilen mag, worin sich die Menschen hier gegenüber treten, die gesellschaftlichen Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten erscheinen jedenfalls als ihre eigenen persönlichen Verhältnisse und sind nicht verkleidet in gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen, der Arbeitsprodukte. (...)

Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinsons Arbeit wiederholen sich hier, nur gesellschaftlich statt individuell. Alle Produkte

Robinsons waren sein ausschließlich persönliches Produkt und daher unmittelbar Gebrauchsgegenstände für ihn. Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Es bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Es muss daher unter sie verteilt werden. Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besonderen Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten. ... Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.“ (Karl Marx, Das Kapital, Band 1, MEW 23, S. 90ff)

Karl Marx und Friedrich Engels über die nach der proletarischen Revolution stattfindende Zentralisierung der Produktionsinstrumente in den Händen des Staates:

„Wir sahen schon oben, dass der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ (Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 481)

Karl Marx über den Charakter der Arbeit und das Wertgesetz im Sozialismus:

„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.“ (Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S. 19f.)

Friedrich Engels zum selben Thema:

„Sobald sich die Gesellschaft in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit. Die in einem Produkt steckende Menge gesellschaftlicher Arbeit braucht dann nicht erst auf einem Umweg festgestellt zu werden; die tägliche Erfahrung zeigt direkt an, wieviel davon im Durchschnitt nötig ist. Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen, adäquaten, absoluten Maß, der Zeit.“ (Friedrich Engels, Herrn Eugen Dürings Umwälzung der Wissenschaft, MEW 20, S. 288)

Friedrich Engels über den historischen Schritt der Beseitigung der Warenproduktion:

„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige, bewusste Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. ... Die Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen in voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigenen Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte aufgenötigt gegenüberstand, wird jetzt ihre freie Tat.“ (Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 226)

Friedrich Engels kritisiert Vorstellungen des Aufbaus des Sozialismus auf der Grundlage des Wertgesetzes:

„Der Wertbegriff ist der allgemeinste und daher umfassendste Ausdruck der ökonomischen Bedingungen der Warenproduktion. Im Wertbegriff ist daher

der Keim enthalten, nicht nur des Geldes, sondern auch aller weiter entwickelten Formen der Warenproduktion und des Warenaustausches. ... In der Wertform der Produkte steckt daher bereits im Keim die ganze kapitalistische Produktionsform, der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, die industrielle Reservearmee, die Krisen. Die kapitalistische Produktionsform abschaffen wollen durch Herstellung des „wahren Werts“, heißt daher, den Katholizismus abschaffen wollen durch die Herstellung des wahren Papstes oder eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eigenes Produkt ist.“ (Friedrich Engels, Herrn Eugen Dürings Umwälzung der Wissenschaft, MEW 20, S. 289)

Friedrich Engels über die Widersprüche des Kapitalismus und eine gesellschaftliche Produktion nach vorbestimmtem Plan:

„Der Kapitalist tritt auf: In seiner Eigenschaft als Eigentümer der Produktionsmittel eignet er sich auch die Produkte an und macht sie zu Waren. Die Produktion ist ein gesellschaftlicher Akt geworden; der Austausch und mit ihm die Aneignung bleiben individuelle Akte, Akte des einzelnen: Das gesellschaftliche Produkt wird angeeignet vom Einzelkapitalisten. Grundwiderspruch, aus dem alle Widersprüche entspringen, in denen die heutige Gesellschaft sich bewegt und die die große Industrie offen an den Tag bringt.

A). Scheidung des Produzenten von den Produktionsmitteln. Verurteilung des Arbeiters zu lebenslänglicher Lohnarbeit. Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie.

B). Wachsendes Hervortreten und steigende Wirksamkeit der Gesetze, die die Warenproduktion beherrschen. Zügelloser Konkurrenzkampf. Widerspruch der gesellschaftlichen Organisation in der einzelnen Fabrik und der gesellschaftlichen Anarchie in der Gesamtproduktion.

C). Einerseits Vervollkommnung der Maschinerie, durch die Konkurrenz zum Zwangsgebot für jeden einzelnen Fabrikanten gemacht und gleichbedeutend mit stets steigender Außerdienstsetzung von Arbeitern: industrielle Reservearmee. Andererseits schrankenlose Ausdehnung der Produktion, ebenfalls Zwangsgesetz der Konkurrenz für jeden Fabrikanten. Von beiden

Seiten unerhörte Entwicklung der Produktivkräfte Überschuss des Angebots über die Nachfrage, Überproduktion, Überfüllung der Märkte, zehnjährige Krisen, fehlerhafter Kreislauf: Überfluss hier, von Produktionsmitteln und Produkten – Überfluss dort, von Arbeitern ohne Beschäftigung und ohne Existenzmittel; aber diese beiden Hebel der Produktion und gesellschaftlichen Wohlstands können nicht zusammentreten, weil die kapitalistische Form der Produktion den Produktivkräften verbietet, zu wirken, den Produkten, zu zirkulieren, es sei denn, sie hätten sich vorher in Kapital verwandelt: was gerade ihr eigener Überfluss verhindert. Der Widerspruch hat sich gesteigert zum Widersinn: Die Produktionsweise rebelliert gegen die Austauschform. Die Bourgeoisie ist überführt der Unfähigkeit, ihre eigenen gesellschaftlichen Produktivkräfte fernerhin zu leiten. ... Die Bourgeoisie erweist sich als überflüssige Klasse; alle ihre gesellschaftlichen Funktionen werden jetzt erfüllt durch besoldete Angestellte.

Proletarische Revolution, Auflösung der Widersprüche: Das Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorbestimmtem Plan wird nunmehr möglich. Die Entwicklung der Produktion macht die fernere Existenz verschiedener Gesellschaftsklassen zu einem Anachronismus. (...)

Diese weltbefreiende Tat durchzuführen ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen und damit ihre Natur selbst zu ergründen und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewusstsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.“ (Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 228)

W.I. Lenin über die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Zentralisierung:

„Unmöglich aber wird die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sein, denn es wird nicht mehr möglich sein, die Produktionsmittel, die Fabriken, Maschinen, den Grund und Boden usw., als Privateigentum an sich zu reißen.“ (W.I. Lenin, Staat und Revolution, Lenin Werke Bd. 25, S. 480)

„Alle Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats'syndikats'. ... Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.“ (W.I. Lenin, Staat und Revolution. Lenin Werke Bd. 25, S. 488)

J.W. Stalin über das Wertgesetz:

„Man sagt, das Wertgesetz sei ein ständiges Gesetz, das für alle Perioden der historischen Entwicklung unbedingt gültig sei, das Wertgesetz bleibe, auch wenn es in der Periode der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft seine Kraft als Regulator der Tauschbeziehungen verliert, in dieser Entwicklungsphase doch in Kraft als Regulator der Verhältnisse zwischen den verschiedenen Produktionszweigen, als Regulator der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen. Das ist völlig falsch. Der Wert ist, wie auch das Wertgesetz, eine historische Kategorie, die mit der Existenz der Warenproduktion verbunden ist. Mit dem Verschwinden der Warenproduktion verschwindet auch der Wert mit seinen Formen und das Wertgesetz.“ (J.W. Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, 3. Kapitel: Die Frage des Wertgesetzes im Sozialismus, Stalin Werke Bd. 15, S. 313)

2. Sozialistische Ökonomie - theoretische Grundlagen

Sozialistische Wirtschaft muss das Elend des Imperialismus, also das Elend des Kapitalismus aufheben, das da heißt: Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; Degradierung der Mehrheit der Menschen zu Verkäufern ihrer Arbeitskraft, und da diese ja nicht unabhängig vom Menschen existiert, in gewisser Weise zu Verkäufern ihrer selbst; Entfremdung des Menschen von

seinen menschlichen und gesellschaftlichen Potenzen; imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung der Mehrzahl der Länder dieser Welt; imperialistische Konkurrenz zwischen den Zentren; imperialistische Kriege zur Niederhaltung der unterdrückten Länder bzw. zwecks Neuaufeilung der Welt zwischen den Zentren; Herrschaftssysteme wie Polizeistaat, Militärdiktatur, Faschismus; Resultat: Hunger, Elend, Flucht, Vertreibung und millionenfaches Sterben – sowohl durch Unterentwicklung als auch durch die Gräuelp der Kriege.

Aufzuheben ist dieses Elend nur durch die Aufhebung des Kapitalismus, also des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital, denn es gibt keinen „menschlichen“ Kapitalismus, es kann ihn nicht geben, weil ihm Ausbeutung und Krieg wesenseigen sind. Die Aufhebung des Kapitalismus bedingt die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln entfällt die Grundlage der Warenproduktion, die dem Privateigentum an den Produktionsmitteln innewohnende idiotische Produktionsform, dass Güter für die Gesellschaft privat produziert werden und erst auf dem Markt beweisen müssen, dass sie gesellschaftlich notwendige Güter, also Waren sind. Das bedeutet, dass sie für den Produzenten/Kapitalisten nichts als Wertträger sind, denn der Produzent/Kapitalist will weder gesellschaftlich nützlich sein noch ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen, nein, er will ausschließlich Profit machen. Der Gebrauchswert interessiert ihn nur als notwendiges Übel. Und das bedeutet weiterhin, dass eine Ware immer Gebrauchswert für andere ist – andere, die nicht etwa als bedürftige Menschen, sondern ausschließlich als zahlungsfähige Nachfrage betrachtet werden.

Produktion und Reproduktion werden in einer solchen Produktionsweise also nicht von der menschlichen Vernunft und von gesellschaftlicher Zweckmäßigkeit bestimmt, sondern von den Gesetzen des Kapitals, des „sich selbst verwertenden Werts“ (Marx), deren Grundlage das Wertgesetz ist. Der Waren- und Kapitalverkehr konstituiert die gesellschaftlichen Bezüge und Zusammenhänge, nicht die Gesellschaft, also die Menschen selbst. Die Menschen werden zu Objekten des Wertgesetzes degradiert.

Wie schon erwähnt, ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Ursache für diesen Irrsinn. Direkt und ohne diese inneren Widersprüche auskommend kann man gesellschaftlich notwendige Gebrauchswerte nur auf

der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln herstellen. Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln heißt also Aufhebung der Warenproduktion als gesellschaftlich bestimmende Produktionsform. Und das heißt, dass die Geltung des Wertgesetzes abgelöst wird durch die Rationalität einer gesellschaftlichen Planung. Die gesellschaftliche Planung bezieht sich auf die Produktion der notwendigen Gebrauchswerte und ist, weil sie gesellschaftlich sein muss und nicht privat sein kann, eine zentrale Planung.

J. W. Stalin schreibt zu der Frage der Geltung des Wertgesetzes im Sozialismus, gegründet auf die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus, zu diesem Thema, *„dass der Wirkungsbereich des Wertgesetzes bei uns streng begrenzt ist und das Wertgesetz in unserer Ordnung nicht die Rolle des Regulators der Produktion spielen kann. (...) Völlig falsch ist auch die Behauptung, dass in unserer gegenwärtigen ökonomischen Ordnung, in der ersten Phase der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft, das Wertgesetz angeblich die „Proportionen“ der Verteilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Produktionszweigen reguliere. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie, in denen die Arbeit der Arbeiter nicht den „nötigen Effekt“ zeitigt, nicht geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentablen Leichtindustrie eröffnet werde, in denen die Arbeit der Arbeiter einen „größeren Effekt“ zeitigen könnte. Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns die Arbeiter aus den wenig rentablen, aber für die Volkswirtschaft sehr notwendigen Betrieben nicht in rentablere Betriebe überführt werden im Einklang mit dem Wertgesetz, das angeblich die „Proportion“ der Verteilung der Arbeit zwischen den Produktionszweigen reguliert.*

Es ist offenkundlich, dass wir, wollten wir in die Fußstapfen dieser Genossen treten, uns von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln lossagen müssten zugunsten der Produktion von Konsumtionsmitteln. Was aber bedeutet, sich von dem Primat der Produktion von Produktionsmitteln

loszusagen? Das bedeutet, unserer Volkswirtschaft die Möglichkeit des ununterbrochenen Wachstums zu nehmen, denn es ist unmöglich, das ununterbrochene Wachstum der Volkswirtschaft zu gewährleisten, ohne zugleich das Primat der Produktion von Produktionsmitteln zu gewährleisten.“¹

Soweit Stalin zur Wirkung bzw. Nicht-Wirkung des Wertgesetzes in der Sowjetunion. Auch zur Frage der volkswirtschaftlichen Rentabilität und vor allem dazu, wie sie sich zur betriebswirtschaftlichen Rentabilität verhält, finden wir bei Stalin Erhellendes:

„Manche Genossen ziehen den Schluss, dass das Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft das Prinzip der Rentabilität der Produktion aufheben. Das ist völlig falsch. Die Sache verhält sich gerade umgekehrt. Wenn man die Rentabilität nicht vom Standpunkt einzelner Betriebe oder Produktionszweige betrachtet und nicht den Maßstab eines Jahres anlegt, sondern sie vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft betrachtet und den Maßstab von etwa 12 bis 15 Jahren anlegt, was die einzig richtige Fragestellung wäre, dann steht die zeitweilige und labile Rentabilität einzelner Betriebe oder Produktionszweige in gar keinem Vergleich zu der höheren Form der sicheren und ständigen Rentabilität, die uns die Wirkung des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft und die Planung der Volkswirtschaft gewährleisten, indem sie uns vor den periodischen Wirtschaftskrisen, die die Volkswirtschaft zerrütten und der Gesellschaft gewaltigen materiellen Schaden zufügen, bewahren und uns das ununterbrochene, außerordentlich schnelle Wachstum der Volkswirtschaft sichern.“²

Also nochmal: Planwirtschaft ist Volkswirtschaft, nicht Betriebswirtschaft, es zählt nicht die Rentabilität des einzelnen Betriebes, sondern die Rentabilität und der Nutzen der gesamten Volkswirtschaft.

¹ J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Stalin-Werke Band 15, S. 314

² J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Stalin-Werke Band 15, S. 315

Und ich möchte auf zwei weitere Gesichtspunkte aufmerksam machen: Die zentrale Planwirtschaft bringt zwei welthistorisch völlig neue Umstände mit sich:

- Das ist einerseits die Tatsache, dass die Wirtschaft, natürlich unter Berücksichtigung der grundlegenden ökonomischen Gesetze des Verhältnisses von Grund- und Schwerindustrie zu Leicht- und Konsumgüterindustrie, der Ressourcenplanung usw., dem menschlichen Willen zugänglich wird, also nicht mehr von einem anonymen, über den Dingen stehenden Gesetz, dem Wertgesetz, bestimmt wird. Zum Beispiel ist es in der Planwirtschaft möglich, den schnellen Aufbau neuer Industrien durch einen Ressourcentransfer aus den vorhandenen zu gewährleisten oder beispielsweise die Art der Verkehrspolitik, der Energiepolitik, des Ackerbaus, des Gesundheitswesens usw. nach gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten zu bestimmen, weil sie nicht mehr dem Privateigentum und dem damit verbundenen privaten Gewinnstreben unterliegen.

- Und das ist zweitens die Tatsache, dass eine gesamtgesellschaftliche Planung Demokratie setzt, denn ohne die Mitwirkung des Volkes ist ein Plan eine abgehobene, volksferne Sache. Diese Demokratie ist tatsächliche Demokratie, denn die Menschen entscheiden nicht *nach* der Produktion, welche Ware sie kaufen, bleiben also im unmündigen Konsumentenstatus verhaftet, sondern sie entscheiden *vor* der Produktion, zu welchem Zweck mit welchem Aufwand für welchen Nutzen was produziert wird, sie entscheiden also über ihr eigenes Schicksal selbst, werden die Produzenten ihres eigenen Lebens und ihrer eigenen Zukunft. Das ist eine welthistorische Neuheit in der menschlichen Geschichte.

Im Aufbau der Sowjetunion haben die Bolschewiki diese Einsichten beherzigt, ein Aufbau, der natürlich nicht von heute auf morgen möglich war, sondern nur im Prozess, allerdings in einem Prozess, in dem in einem Zehntel der Zeit, die der Kapitalismus für diese Entwicklung gebraucht hatte, ein hoch industrialisiertes Land entstanden war, welches dem Angriff des deutschen Imperialismus in Gestalt des Hitlerfaschismus widerstehen und den Sieg im Zweiten Weltkrieg erringen konnte. Ebenso verlief der Wiederaufbau nach

dem Zweiten Weltkrieg: 1950 übertraf das Niveau der Industrieproduktion schon jenes von 1940.³

Aber 1953 wurde Chruschtschow Erster Sekretär - auf welchem Wege, wollen wir hier nicht erörtern - und mit ihm gewann der Revisionismus rasant an Einfluss.

3. Konkrete historische Erfahrungen mit dem revisionistischen Rückbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion seit 1953

Es gab sofort nach Chruschtschows Amtsantritt ein Umsteuern der ökonomischen Planung: weg vom Primat der Schwerindustrie und der Produktion von Produktionsmitteln, hin zum Vorrang der Leichtindustrie.

Dazu wurde der noch laufende, vom 19. Parteitag der KPdSU 1952 beschlossene Fünfjahrplan, der Gesetzesrang hatte, sofort nach Amtsantritt Chruschtschows willkürlich verändert, es wurden unrealistische Steigerungsraten der Konsumgüter- und Leichtindustrie hineingeschrieben. Dazu nur drei signifikante Beispiele: statt der im Fünfjahrplan vorgesehenen Steigerung z.B. der Fleischproduktion um 80 Prozent sollte sie nun um 230 Prozent steigen, die Butterproduktion sollte nicht wie im alten Plan um 70 Prozent, sondern um 180 Prozent steigen, die Produktion von Radios und Fernsehern nicht nur verdoppelt werden, sondern um das 4,4-fache steigen.

Dass solche Steigerungsraten unrealistisch sein mussten, war klar. Dementsprechend wurden die Planziele verfehlt, die Autorität des Planes wurde schwer beschädigt. Und die Plankatastrophen gingen weiter. Der beim XX. Parteitag angenommene Plan musste nach eineinhalb Jahren abgebrochen werden, nach einer Übergangszeit wurde 1959 ein Siebenjahrplan verabschiedet, der nach fünf Jahren abgebrochen wurde.

³ Genaue Analysen zum Aufbau der Planwirtschaft in der Sowjetunion in: Michael Kubi: Die Sowjetdemokratie und Stalin, Theorie und Praxis in der Sowjetunion 1917 – 1953, Hannover 2015

Das rief selbstverständlich diejenigen revisionistischen Kräfte aus ihren Löchern, die schon immer der Auffassung waren, dass es nur mit Warenproduktion und Markt gehen könne⁴, wie z.B. Jewsej Liebermann. Es hieß, die Planwirtschaft sei nicht flexibel genug, nicht effektiv genug, und das liege daran, dass sie die Betriebe „gängele“.

Wirtschaftlich kam die Sowjetunion nicht mehr voran, das Wirtschaftswachstum sank, die Preise wurden angehoben, 1962 beispielsweise für Fleisch um 30 Prozent, für Butter um 25 Prozent. Ende 1963 musste sogar die Brotrationierung, die es während des Krieges und einige Zeit danach gegeben hatte, wieder eingeführt werden.

Von 1956 bis 1962 entstand gleichzeitig ein großes Investitionschaos. Mehr als 4000 Projekte wurden begonnen, ohne dass die vorherigen fertiggestellt waren. Es kam zu einer massenhaften Verschleuderung von Ressourcen. Die Schuld daran wurde dem zentralen Plan gegeben, der eben nicht funktioniere. Und da auf Stalin inzwischen der Bannstrahl lag, war es nicht opportun, die Geschichte des ökonomischen Aufbaus der Sowjetunion vom Ende der 20er Jahre bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges oder den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg genauer zu betrachten und die Rolle, die die zentrale Planwirtschaft dabei spielte, zu studieren.

Gegen Ende der 50er Jahre folgte der nächste Schlag gegen die Planwirtschaft. Zwischen den irrationalen Planvorgaben und dem Investitionschaos schlug Chruschtschow 1957 vor, die zentralen Unionsministerien, die für die Umsetzung der Pläne verantwortlich waren, abzuschaffen – und dieser Vorschlag wurde angenommen. 25 große, zentrale Wirtschaftsministerien, die die unterschiedlichen Sparten der Produktion steuerten und koordinierten, wurden geschlossen, stattdessen wurde ein „Netzwerk von 105 regionalen Wirtschaftsorganen“ geschaffen. Auf Unionsebene blieb nur das zentrale Ministerium für Elektrizität erhalten, aber auch dieses wurde ein Jahr später abgeschafft. GOSPLAN, die zentrale Planbehörde, wurde entmachtet, d.h. hatte keine Machtbefugnisse mehr, keine

⁴ Ob die unrealistischen, fast ja schon utopischen Planvorgaben absichtlich gemacht wurden, um die Pläne scheitern zu lassen oder aus welchem Grunde sonst, lässt sich nicht seriös beantworten, bleibt also Spekulation.

Weisungsbefugnisse an die regionalen Wirtschaften. GOSPLAN durfte nur noch Planprognosen verfassen.

Ab jetzt wurde also in den Regionen über die Investitionstätigkeit entschieden. So verwundert es nicht, dass in Transkaukasien beispielsweise eigentlich ein Stahlwerk gebaut werden sollte (GOSPLANs Empfehlung), stattdessen aber ein Zirkus und mehrere Schwimmbäder entstanden. Die gesamtgesellschaftlichen Folgen ihres Handelns waren von den Regionsbehörden schlecht zu überblicken, d.h. das entstehende Chaos muss nicht Absicht der Regionsbehörden gewesen sein, sicherlich aber war es Absicht derjenigen, die GOSPLAN entmachteten haben.

Einige Produktionskennziffern (Prozentualer Anstieg der Produktion)⁵:

Produkt	1955	1956	1957	1958
Roheisen	11	7	4	7
Stahl	9	7	5	7
Kohle	13	10	8	7
Elektrizität	13	13	9	11
Schwefelsäure	15	14	6	5
Düngemittel	20	13	8	5

1957 gab es den ersten Versuch, Chruschtschow abzusetzen durch Molotow, Kaganowitsch, Malenko, Bulganin und andere. Er scheiterte, Molotow, Kaganowitsch und Malenko wurden als „Anti-Partei-Gruppe“ aus dem ZK der KPdSU ausgeschlossen.

Nachdem also 1957 die zentrale Planung wesentlich geschwächt worden war und Chruschtschow den Versuch seiner Absetzung überstanden hatte, folgte der nächste Coup: Die Auflösung der Maschinen- und Traktorenstationen (MTS): Im Januar 1958 schlägt Chruschtschow vor, die MTS aufzulösen und die Maschinen und Traktoren den bäuerlichen Kollektivwirtschaften zu

⁵ Quelle: Offizielle sowjetische Wirtschaftsberichte; zitiert nach Gerhard Schnehen: Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik, offen-siv 4-2016, S. 50

verkaufen. Im Februar stimmt das ZK der KPdSU diesem Vorschlag zu und bricht damit einen Beschluss des XX. Parteitag. Bis Ende 1958 sind so gut wie alle MTS an die Kollektivwirtschaften verkauft.

Zu den Folgen kommen wir später. Zunächst etwas zur Vorgeschichte, denn dieser Vorschlag war nicht neu. Stalin hat sich in seiner Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ schon mit dieser Thematik beschäftigen müssen, weil zwei Genossen der KPdSU, Sanina und Wensher, den gleichen Vorschlag wie Chruschtschow schon Anfang der 50er Jahre gemacht hatten. Stalin dazu:

„Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über das Wachstum der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw. Wo ist die Quelle dieses Wachstums? Die Quelle dieses Wachstums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen, die für alle diese Produktionszweige arbeiten. Es handelt sich hier nicht nur um die Technik schlechthin, sondern darum, dass die Technik nicht auf der Stelle treten darf - sie muss sich ständig vervollkommen -, dass die veraltete Technik ausrangiert und durch eine moderne und die moderne wiederum durch die modernste ersetzt werden muss. Anders ist das Vorwärtsschreiten unserer sozialistischen Landwirtschaft undenkbar, sind weder die hohen Erträge noch der Überfluss an landwirtschaftlichen Produkten denkbar.

Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, Zehntausende von veralteten Mähdreschern durch neue zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können.

Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind?

Nein, das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden auszugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er - und nur er - ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn man die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt, denn er - und nur er - ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach

Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.

Was bedeutet es nach alledem, wenn man fordert, dass die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf übereignet werden? Das bedeutet den Kollektivwirtschaften große Verluste zuzufügen und sie zu ruinieren, die Mechanisierung der Landwirtschaft zu gefährden und das Tempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion herabzusetzen.

Daraus folgt: Mit ihrem Vorschlag, die MTS den Kollektivwirtschaften durch Verkauf zu übereignen, machen die Genossen Sanina und Wensher einen Schritt zurück zur Rückständigkeit und versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Nehmen wir einen Augenblick lang an, dass wir den Vorschlag der Genossen Sanina und Wensher akzeptiert und damit begonnen hätten, den Kollektivwirtschaften durch Verkauf die Hauptproduktionsinstrumente, die Maschinen- und Traktorenstationen, zu übereignen. Was würde sich daraus ergeben?

Daraus würde sich ergeben, dass erstens die Kollektivwirtschaften Eigentümer der Hauptproduktionsinstrumente würden, das heißt, sie würden eine Sonderstellung einnehmen, wie sie kein einziger Betrieb in unserem Lande einnimmt, denn bekanntlich sind nicht einmal unsere nationalisierten Betriebe Eigentümer von Produktionsinstrumenten. Womit ließe sich diese Sonderstellung der Kollektivwirtschaften begründen, mit welchen Argumenten des Fortschritts und der Weiterentwicklung? Kann man etwa sagen, dass eine solche Stellung dazu beitragen würde, das kollektivwirtschaftliche Eigentum auf das Niveau des allgemeinen Volkseigentums zu heben, dass sie den Übergang unserer Gesellschaft vom Sozialismus zum Kommunismus beschleunigen würde? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass eine solche Stellung den Abstand zwischen kollektivwirtschaftlichem Eigentum und allgemeinem Volkseigentum nur vergrößern und nicht zur Annäherung an den Kommunismus, sondern im Gegenteil dazu führen würde, dass man sich von ihm entfernt?

Daraus würde sich zweitens eine Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation ergeben, denn ungeheure Mengen von Produktionsinstrumenten der Landwirtschaft würden in die Bahn der

Warenzirkulation geraten. Was denken die Genossen Sanina und Wensher: Kann die Erweiterung des Wirkungsbereichs der Warenzirkulation unsere Entwicklung zum Kommunismus fördern? Wäre es nicht richtiger zu sagen, dass sie unsere Entwicklung zum Kommunismus nur hemmen kann?

Der Hauptfehler der Genossen Sanina und Wensher besteht darin, dass sie die Rolle und die Bedeutung der Warenzirkulation im Sozialismus nicht begreifen, nicht begreifen, dass die Warenzirkulation mit der Perspektive des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus unvereinbar ist. Sie glauben anscheinend, dass man auch bei der Warenzirkulation vom Sozialismus zum Kommunismus übergehen könne, dass die Warenzirkulation das nicht verhindern könne. Das ist ein großer Irrtum, der dadurch entstanden ist, dass man den Marxismus nicht verstanden hat.

In der Kritik an der „Wirtschaftskommune“ Dührings, die unter den Bedingungen der Warenzirkulation wirken sollte, wies Engels in seinem „Anti-Dühring“ überzeugend nach, dass das Vorhandensein der Warenzirkulation die so genannten „Wirtschaftskommunen“ Dührings unweigerlich zur Wiedergeburt des Kapitalismus führen müsse. Die Genossen Sanina und Wensher sind damit anscheinend nicht einverstanden. Umso schlimmer für sie. Wir Marxisten aber gehen von dem bekannten marxistischen Leitsatz aus, dass der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus und das kommunistische Prinzip der Verteilung der Produkte nach den Bedürfnissen jeden Warenaustausch ausschließen, folglich auch die Verwandlung der Produkte in Ware und damit ihre Verwandlung in Wert.“⁶

Es dürfte nicht schwer fallen zu entscheiden, welche Auffassung sich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus bewegt und welche nicht. Dass das Ganze nicht nur ein theoretische, sondern vor allem ein sehr praktisches Problem war, zeigen die Folgen der Chruschtschow-Politik in den landwirtschaftlichen Produktionskennziffern.

Dazu William Taubmann aus: „Kruschov – The Man and his Era“: „Die Folgen waren verheerend. Nachdem sie ihre neuen Maschinen bezahlt hatten,

⁶ J. W. Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Stalin Werke Band 15, S. 381ff

konnten sich selbst wohlhabende Farmen⁷ andere notwendige Investitionen nicht mehr leisten. Sie setzten die neuen Gerätschaften auch längst nicht so effizient ein, wie dies unter den MTS der Fall gewesen war. MTS-Arbeiter waren eine Art Elite gewesen. Weil nun jene von den Kolchosen eingestellt werden sollten, zogen sie es wegen des geringeren Status und der schlechteren Bezahlung vor, in die Städte abzuwandern. Das Ergebnis, so Roy Medwedjew⁸, bestand darin, dass `die landwirtschaftliche Produktion einen nicht wiedergutzumachenden Schaden erlitt`“⁹

Index der Landwirtschaftlichen Produktion in der UdSSR 1958-1963 (1958 = 100)

Jahr	Getreideergebnis
1958	100
1959	95
1960	100
1961	101
1962	101
1963	86

Die Folge war, dass die Sowjetunion erstmals in ihrer Geschichte Getreide aus westlichen Staaten importieren musste, u.a. aus Canada und den USA.

Aber damit noch nicht genug:

⁷ Gemeint sind Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, der Autor nennt sie „Farmen“. Der Autor ist halt Amerikaner.

⁸ Medwedjew ist keinesfalls ein Anhänger Stalins, im Gegenteil ein von der BRD-Bourgeoisie und ihren Medien hofierter ausgemachter Antistalinist. Umso schwerer wiegen seine Worte zu diesem Thema.

⁹ William Taubmann, „Krushchev – The Man and his Era“, New York und London 2003, zitiert nach: Gerhard Schnehen: Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik, offen-siv 4-2016, S. 56

„Folgendes Pilotprojekt wird 1963 in der sowjetischen Textilindustrie begonnen:

Für zwei Textilfabriken, für die Majak-Werke, in der Textilien für Männer hergestellt werden, sowie für das Bolschewitschka-Werk, das auf Mode für Frauen spezialisiert ist, wird der Plan ausgesetzt. Sie dürfen nun völlig selbstständig arbeiten und direkt mit staatlichen Einzelhandelsfirmen über Preise, Konditionen und Absatz verhandeln. Das Majak-Werk reduziert sofort seinen Personalbestand, entlässt Arbeiter und Angestellte, und die Gewinne steigen um sieben Prozent an. Die Arbeiter erhalten jetzt nur noch einen Lohn in Abhängigkeit von den erzielten Gewinnen des Werkes, was den verbliebenen Arbeitern in diesem Fall zu Gute kam.

Die Bolschewitschka-Werke richten schon bald eine Abteilung für Marktforschung ein, um die kaufkräftige Nachfrage nach ihren Produkten in der Art eines kapitalistischen Unternehmens zu erforschen. (Vgl. Pape, Martin und Burg, David, ‚Unpersoned. The Fall of Nikita Sergejewich Krushchev‘, London 1966, S. 164).

Vorangegangen war die so genannte Libermann-Diskussion, die seit dem Spätsommer 1962 eingesetzt hatte und die von offizieller Seite gefördert wurde. Der Charkower Ökonomie-Professor Jewsej Libermann hatte ein Buch veröffentlicht mit dem Titel ‚Plan, Profit, Prämie‘, das am 9. September 1962 in der ‚Prawda‘ vorgestellt wurde, in dem er unverhohlen dafür eintrat, dass der Gewinn wieder zum wichtigsten ‚ökonomischen Hebel‘ gemacht werden sollte, d. h. dass alle Betriebe wieder das Profitprinzip übernehmen und nach ihm wirtschaften sollten (vgl. Margaret Miller, ‚The Rise of the Russian Consumer‘, London 1965, S. 40).

Es folgte ein zweites Experiment im Frühjahr 1964 in anderen Werken der Konsumgüterindustrie. Auch hier durften die Firmen selbstständig mit den Abnehmern verhandeln und ihre Preise selbst festlegen. Sie durften fortan den Plan und die darin festgelegten Preise ignorieren.

Es waren mehr als 80 Firmen, in denen diese Experimente gemacht wurden. Auch ein neues Prämiensystem wurde eingeführt, nach dem die Prämien direkt an den Gewinn, aber auch an Indexe wie Arbeitsproduktivität und Kostensenkung gekoppelt waren. Das Werk mit dem höchsten Gewinn sollte die stärksten ‚materiellen Anreize‘, sprich die höchsten Prämien erhalten.

(vgl. Harry Schwartz, ‚The Soviet Economy since Stalin‘, Philadelphia & New York 1965, S. 148).

Es darf angenommen werden, dass die Betriebsleitungen, also die Direktoren und ihr Stab, von diesen ‚materiellen Anreizen‘ den Löwenanteil erhalten sollten.

Diese Vorstellungen, die eine klare Abkehr vom Sozialismus und von der Verbindlichkeit zentraler Pläne bedeutete, nach denen vorher mehr oder weniger noch gewirtschaftet wurde, fanden im November des gleichen Jahres die Zustimmung des Zentralkomitees der KPdSU unter Führung Chruschtschows (ebd., S. 43). Gleichzeitig verabschiedete der Ministerrat der UdSSR, dem Chruschtschow vorstand (er war nicht nur Parteichef, sondern auch Ministerpräsident), ein Gesetz, wonach nun den Managern und Direktoren von Industriebetrieben größere Freiheiten und Kompetenzen gewährt werden sollten (vgl. ebd.).

Das Stichwort ‚wirtschaftliche Effizienz‘ wird nun immer wieder in den wirtschaftlichen Debatten verwendet, womit nichts anderes als eine Abkehr vom Plan und eine Hinwendung zum Profit gemeint ist.“¹⁰

1964 wurde Chruschtschow gestürzt.

Breshnew, Kossygin und Podgorny lösten ihn als so genannte kollektive Führung ab. Außenpolitisch stabilisierte sich der Kurs der Sowjetunion einigermaßen, aber in der Ökonomie gingen die zerstörerischen Prozesse weiter, bekannt unter dem Namen „Kossygin-Reformen“.

Von 1965 bis 1969 wurden die wichtigsten Reformen durchgeführt. Zu nennen ist zunächst die Preisreform, d.h. die Preise der Konsumgüter sollten weniger subventioniert werden, sie sollten „stärker die Werte widerspiegeln“. Die Betriebe erhielten größere „Unabhängigkeit“, sie sollten sich stärker am Markt orientieren können.

¹⁰ Gerhard Schnehen, Chruschtschows Wirtschafts- und Agrarpolitik, offen-siv 4-2016, S. 42ff

Im September 1969 fasste das ZK der KPdSU folgenden Beschluss „Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion“:

„Ein ernster Mangel der industriellen Leitung ist die Tatsache, dass an die Stelle ökonomischer Notwendigkeiten administrative Methoden getreten sind. ... Die Befugnisse der Betriebe hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit sind begrenzt.

Die Arbeit der Betriebe ist durch zahlreiche Vorgaben reglementiert, die die Selbstständigkeit und Initiative der Betriebsbelegschaften einschränken und ihr Verantwortungsgefühl für die Verbesserung der Produktionsorganisation verringern.

Es wurde für zweckmäßig erachtet, den Überregulierungen der Betriebsaktivitäten ein Ende zu setzen und die Zahl der den Betrieben von oben auferlegten Planvorgaben zu reduzieren“¹¹

Chruschtschow hatte bereits die zentrale Planung zerstört, es gab aber noch die regionalen Planungsbehörden. Nun sollten Pläne überhaupt wegfallen, Pläne seien „veraltet, bürokratisch, restriktiv“ und eine „Stalinsche Verzerrung des Sozialismus“.

Zum Produktionsregulator sollten jetzt die Rentabilität und der Gewinn des je einzelnen Betriebes werden. Die Betriebe und die Handelsorganisationen konnten frei untereinander handeln, der Handel mit Produktionsmitteln wurde liberalisiert.¹²

¹¹ Beschluss des ZK der KPdSU: Zur Leitungsverbesserung der Industrie, Vervollkommnung der Planung und Erhöhung ökonomischer Anreize in der Industrieproduktion“. Zitiert nach: Harpal Brar, Perestrojka, Bonn 2002, S. 232

¹² „Durch die Verwendung ... des aus dem Verkauf überschüssiger Ausrüstungen und anderer materieller Werte erworbenen Geldes werden sich die Betriebe breiterer Machtbefugnisse erfreuen können.“ ZK der KPdSU: Zur Leitungsverbesserung der Industrie, ... a.a.O.

1971 repräsentierten zwei Drittel des durch den Markt vermittelten Gesamthandelsumsatzes Produktionsmittel.¹³ Das führte zur Aufblähung des Kreditwesens. 1976 wurden beispielsweise rund 50 % der Investitionskosten der Betriebe durch Kredite finanziert.

Die Kostenrechnung, die so genannte „wirtschaftliche Rechnungsführung“ der Betriebe, wird als Leitungsmethode definiert, der Markt als Regulator der Produktion. Die Rolle des sozialistischen Staates schrumpft dem entsprechend. Lenkende Eingriffe in die Wirtschaft werden jetzt über die Zins- und Kreditpolitik vorgenommen, nicht mehr über die Plankommission.

Der nächste Schritt war dann, dass die Betriebe einen Teil des erwirtschafteten Gewinns für sich behalten und über dessen Verwendung frei entscheiden durften. Das führte erstens zu stark ungleichen Einkommensverhältnissen in der Bevölkerung und zweitens dazu, dass die Betriebe, um hohe Rentabilitätsraten zu gewährleisten, notwendige Neuinvestitionen scheuten, lieber mit veralteten, abgeschriebenen Maschinen weiterproduzierten, da das unmittelbar höhere Rentabilität des je einzelnen Betriebs gewährleistete – selbstverständlich bei langfristigem Niedergang der Volkswirtschaft. Oder sie produzierten lieber Güter im „oberen Preissegment“, wie das so schön heißt, z.B. in Tadschikistan: In der Fleisch- und Milchindustrie wurde dort die Produktion von preiswerten Gütern gesenkt und die Produktion teurer (Edel-)Produkte erhöht. Resultat: Mehrere Millionen Rubel Profit mehr als geplant. Die Zeche zahlen die „kleinen Leute“.

Die Gesellschaft zerfällt von innen, es entstehen dem Sozialismus so fremde Dinge wie Marktforschung (nicht, um den Bedarf der Menschen zu erforschen, sondern die besten Absatzchancen für die eigenen Produkte) und Reklame, gestärkt werden Korruption und Egoismus, gestärkt wird die Schattenwirtschaft bei gleichzeitig wachsender Gleichgültigkeit gegenüber der Allgemeinheit.

Bei Gorbatschow wurde das Ganze dann auf die Spitze getrieben: er und seine Mitstreiter warben dafür, die landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften aufzulösen, weil dem Bauern wieder der unmittelbare Bezug zu seiner

¹³ Siehe ausführlich dazu: Harpal Brar, Perestrojka.

„Scholle“ gegeben werden müsse, in Regierungskreisen spekulierte man darüber, ob eine gewisse Sockelarbeitslosigkeit nicht die Intensität der Arbeit – wegen der Angst, den „Arbeitsplatz“ zu verlieren – erhöhen könnte und vielleicht auch ein gutes Mittel gegen den Alkoholismus sei (!), in der Wohnungspolitik sollte das staatliche Eigentum aufgelöst werden, weil man den Menschen doch die Möglichkeit geben müsse, ihre Wohnung an ihre Kinder zu vererben und in der Industrie fand eine völlige Liberalisierung statt, inklusive eigenständigem Außenhandels der Betriebe. Ab 1987 bröckelte das staatliche Außenhandelsmonopol, exportorientierte Betriebe durften eigene Außenhandelsfirmen gründen. 1990 tätigten rund 40.000 sowjetische Betriebe eigenen Export- und Importgeschäfte.

Im Einzelnen:

Über die **grundsätzliche Umgestaltung der Industrie** sagte Gorbatschow u.a.: *„Das Wesentliche der radikalen Umgestaltung ... ist der Übergang von vorwiegend bürokratischen zu ökonomischen Leitungsmethoden¹⁴ auf allen Ebenen... und eine umfassende Demokratisierung der Leitung...“¹⁵*

In seinem Referat auf der 19. Konferenz der KPdSU im Juni 1988 spricht Gorbatschow vom „Chosrastschot-Prinzip“¹⁶ des Wirtschaftens, die nicht nur die Koppelung der Einkommen, sondern auch die Befriedigung sozialer Bedürfnisse mit dem individuell erbrachten Arbeitsbeitrag ermöglicht.“¹⁷

Dr. Leonid Abalkin, Leiter der sowjetischen Kommission für Wirtschaftsreformen und stellvertretender Ministerpräsident der UdSSR, sagte in einem Interview mit dem „Morning Star“ am 11. Mai 1990: *„Nun ein paar Worte über einige grundsätzliche Maßnahmen der Reform und ihr Konzept.“*

¹⁴ Der Begriff „bürokratische Leitungsmethoden“ steht hier für Planwirtschaft (bzw. die Reste, die davon noch übrig waren), hinter dem Begriff „ökonomische Leitungsmethoden“ verbirgt sich die so genannte „Marktwirtschaft“.

¹⁵ Gorbatschow: Grundlegende Maßnahmen zur radikalen Umgestaltung der ökonomischen Leitung, Prawda, 27. Juni 1987

¹⁶ Das Chosrastschot-Prinzip bedeutet die Herstellung der vollständigen Betriebsautonomie

¹⁷ Gorbatschow, Referat auf der 19. Konferenz der KPdSU im Juni 1988

Erstens, es ist eine radikale Reform. Es ist keine Verschönerung eines heruntergekommenen Hauses, sondern der Abriss eines administrativen Kommandosystems und seine Ersetzung durch ein qualitativ neues Modell für die sozialistische Wirtschaft.

Zweitens kann die Wirtschaftsreform nur in Verbindung mit Veränderungen in der politischen Sphäre des Lebens effektiv sein.

Drittens, die Reform betrifft die eigentlichen Grundlagen des ökonomischen Systems.

*Sie ist darauf ausgelegt, die Eigentumsverhältnisse in ihrer Gesamtheit zu erneuern.*¹⁸

Zwei maßgebliche Wirtschaftsberater Gorbatschows, Nikolaj Petrakow und Stanislaw Schatalin, äußerten sich in der „Newsweek“ vom 25. Juni 1990 folgendermaßen: *„Privatisierung von staatlichen Industrien, Auflösung von Industrieministerien, dringend nötige Kürzung von Staatsausgaben, Senkung staatlicher Investitionen, Unabhängigkeit der Zentralbank von der Regierung und Einrichtung aller anderen Banken auf kommerzieller Grundlage.“*¹⁹

Über das **Wohneigentum** ließ Abel Abanbegjan, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und in der sowjetischen Literatur über die Zeit als „der Mann im Zentrum der Perestroika“ bezeichnet, folgendes verlauten: *„Viele Vorschläge, die Menschen die Kosten ihrer Wohnung an den Staat zahlen zu lassen²⁰, um sie in die Lage zu versetzen, sie ihren Erben zu hinterlassen, erscheinen ebenfalls vernünftig.“*²¹

¹⁸ Dr. Leonid Abalkin, Morning Star, 11.5.1990, zitiert nach; Harpal Brara, Perestrojka, S. 74

¹⁹ N. Petrakow, St. Schatalin, Newsweek, 25.6.1990, zitiert nach: Harpal Brar, ebend, S. 94

²⁰ Die Floskel: „...die Menschen die Kosten ihrer Wohnung an den Staat zahlen zu lassen...“ bedeutet nichts anderes, als dass die Menschen die Wohnungen kaufen sollten.

²¹ Abel Abanbegjan, Die Herausforderung, S. 14

Über die Möglichkeiten und den Nutzen einer gewissen **Arbeitslosigkeit** schreibt Nikolaj Schmeljow, Ökonom am Institut für Nordamerikanische Studien in Moskau und Berater Gorbatschows: „*Wir dürfen auch nicht die Augen vor dem ökonomischen Schaden verschließen, der aus unserer parasitären Sicherheit eines Vollbeschäftigungsgarantie resultiert. ... Ich glaube, es ist jedermann klar, dass ein Großteil der heutigen Zerrüttung, Trunksucht und Schlamperei einer Überbeschäftigung geschuldet ist. ... Wir sollten eine sachliche und entschlossene Diskussion darüber führen, welche Vorteile eine relativ kleine Arbeitskräftereserve hätte. ... Die reale Gefahr, den Job zu verlieren und vorläufig von Arbeitslosengeld zu leben, oder aber dort arbeiten zu müssen, wohin man geschickt wird, ist eine ziemlich gute Medizin gegen Faulheit, Trunksucht und Verantwortungslosigkeit.*“²²

Zu den **Entkollektivierungsbestrebungen** gibt auch Schmeljow die Vorlagen, nach denen Gorbatschow dann Maßnahmen vorschlägt:

„*Kolchosen und Sowjosen müssen das Recht haben, ihren Ertrag an Staat, Kooperativen und an die Verbraucher frei zu verkaufen. ... Private Hilfwirtschaften müssen hinsichtlich ökonomischer und sozialer Rechte mit Kollektivwirtschaften völlig auf gleiche Stufe gestellt werden.*“²³

Gorbatschow setzt um:

„*Heute haben wir große Kollektivwirtschaften und Sowchosen in vielen Agrarregionen. Große Arbeitskollektive, Landparzellen und landwirtschaftliche Komplexe wurden geschaffen*

Sie sind vom Land ziemlich losgelöst und dies beeinträchtigt die Endresultate.

Heute müssen wir eine festere und direktere Verbindung mit den Interessen des Einzelnen durch Kollektiv-, Familien- und Pachtverträge im Gefüge dieser Kollektive und Sowchosen sichern.“²⁴

²² Nikolaj Schmeljow, Zeitschrift Nowyi Mir, 1987, zitiert nach Harpal Brar, a.a.O., S. 50

²³ N. Schmeljow, ebenda, zitiert nach Brar, a.a.O., S. 62

²⁴ Gorbatschow: Perestroika, S. 97

Und weiter führt er bei der bereits zitierten Rede auf der 19. Parteikonferenz aus: *„Kurz, Genossen, die aktuelle Agrarpolitik besteht im wesentlichen darin, die Produktionsverhältnisse unter den landwirtschaftlichen Betrieben zu ändern. Wir müssen das ökonomische Gleichgewicht zwischen Stadt und Land wieder herstellen und das Potential der landwirtschaftlichen Kollektiv- und Staatsbetriebe durch Förderung diverser Vertrags- und Pachtsysteme außerordentlich entfalten. Wir müssen die Entfremdung zwischen dem Bauern und dem Land überwinden.“*²⁵ Das ist sehr wolkenreich ausgedrückt: Hinter den „diversen Vertrags- und Pachtsystemen“ verstecken sich Familienpachtverträge und private Einzelpachtverträge. Wenn man Gorbatschows Rhetorik ernst nähme, sollte mittels solcher Verträge das Potential der Kollektivwirtschaften entfaltet werden, was völliger Unsinn ist. Aber es geht hier ja nicht um die rhetorischen Nebelkerzen, sondern um den Inhalt: die Produktionsverhältnisse sollten geändert werden, die Landwirtschaft sollte schlicht und einfach privatisiert werden.

Noch einmal Gorbatschow in seinem Bericht an das ZK der KPdSU am 29. Juli 1988: Er spricht davon, *„die ökonomischen Verhältnisse auf dem Dorf“* ändern zu wollen, man müsse die Arbeitseinstellung der Leute ändern, *„dies kann nur durch eine drastische Änderung der ökonomischen Beziehungen auf dem Lande erreicht werde. Unsere Aufgabe ist es, sie in bestimmter Weise umzustrukturieren; den Bauern zu einem wahren Meister auf dem Lande zu machen, ihm zu ermöglichen, all seine Energie, seine Kenntnisse und Fähigkeiten darauf zu verwenden.“* Demgemäß forderte er die *„Annahme eines Sondergesetzes über Pachtbesitz“*, und fügte hinzu, dass diese Pachtungen *„langfristiger Natur sein sollten und für einen Zeitraum von etwa 25 – 30 und sogar 50 Jahren überlassen werden sollten. Allgemein müsste das Problem so gestellt werde: Niemand hat das Recht, Menschen die Möglichkeit vorzuenthalten, auf Pachtvertragsbasis zu arbeiten.“*²⁶

So weit die Pläne und Maßnahmen Ende der 80er Jahre in der Sowjetunion.

Das Ende ist bekannt.

²⁵ Gorbatschow, Referat auf der 19. Konferenz der KPdSU, Juni 1988

²⁶ Gorbatschow, Bericht an das Zentralkomitee der KPdSU, 29. Juli 1988, zitiert nach H. Brar, a.a.O., S. 71f.

Wenn man sich diese historischen Fakten ansieht, ist es nicht verständlich, dass es Leute gibt, die behaupten, dass die Planwirtschaft die Ursache für die Niederlage des Sozialismus gewesen sei, dass also der Sozialismus gescheitert sei – und nicht etwa die Abweichung von ihm, die auf den Einfluss des Revisionismus zurückgeht.

Wir sehen eindeutig zwei Phasen der sozialistischen Entwicklung: zunächst die Aufbauphase auf Grundlage der Planwirtschaft, die innerhalb historisch einmalig kurzer Zeit aus einem rückständigen Agrarland eine moderne Industrienation mit einer so leistungsfähigen Wirtschaft machte, dass der Sieg im II. Weltkrieg möglich war. Und dann die Stagnations- und Niedergangphase, die mit dem XX. Parteitag begann, und die zeigt, dass das Tempo des Verfalls sich proportional mit dem Tempo der marktwirtschaftlichen Reformen beschleunigte.

Sozialismus heißt: schrittweises Zurückdrängen der Ware-Geld-Beziehung und des Wertgesetzes, wozu das Erreichen einer einheitlichen gesamtgesellschaftlichen Eigentumsform Voraussetzung ist, also Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Überwinden von Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das gilt auch für das so genannte „kleine Privateigentum“ kleiner Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe sowie die „Kollektivwirtschaften“, die kein vergesellschaftetes Eigentum sind, sondern Privateigentum einer Gruppe von Menschen. So lange es unterschiedliche Eigentumsformen - also vergesellschaftete Produktionsmittel, Kollektivwirtschaften und kleines Privateigentum an Kleinbetrieben - gibt, müssen die Produkte zwischen diesen Sektoren als Waren gehandelt werden, muss es also die Warenform der Produkte geben, was das Wertgesetz und die Ware-Geld-Beziehung am Leben erhält.

Dieser Prozess der Herstellung einer einheitlichen Eigentumsform wird selbstverständlich flankiert vom Aufbau einer gesamtgesellschaftlichen Planung der Ökonomie mit dem schließlichen Ziel einer Wirtschaft ohne Dazwischenkunft von Wertgesetz und Privatinteresse.

Mit der Analyse des Rückbaus der Planwirtschaft in der UdSSR und dessen wirtschaftlicher Auswirkungen²⁷ liegt der empirische Beweis dafür vor, dass nicht die Planwirtschaft, nicht die von unseren Klassikern klar und präzise formulierte Theorie über den sozialistischen Aufbau - die man in drei Schlagworten kurz zusammenfassen kann: Politische Macht der Arbeiterklasse; Vergesellschaftung der Produktionsmittel, gesellschaftliche Produktion nach einem gemeinschaftlichen Plan - gescheitert ist, sondern die Abweichung davon, das Implantieren von kapitalistischen Elementen in die sozialistische Wirtschaft, die Aufweichung der zentralen Planung, der Revisionismus. Wobei drei wichtige Fragen bleiben. Erstens: 1948 gab es Säuberungen gegen den Revisionismus, wieso konnte er bis Mitte der 50er Jahre in der Sowjetunion und auch in anderen sozialistischen Ländern wieder so erstarken? Zweitens: Warum haben so viele gute Genossinnen und Genossen diese Abweichungen geduldet, ja diese „Theorien“ sogar geglaubt? Und drittens: Wieso können noch heute die Apostel der marktwirtschaftlichen Reformen im Sozialismus - inzwischen 28 Jahre nach der Konterrevolution - innerhalb der kommunistischen Bewegung einen solchen Einfluss haben, dass das noch immer viele Genossinnen und Genossen glauben und manche Parteien sich unser Ziel, den Sozialismus, in seinem Wesen mit einer gemischten Wirtschaft, also mit einem Pluralismus unterschiedlicher Eigentumsformen „vorstellen“ (z.B. die DKP)?

Nun kommen wir zum Anlass dieses Artikels, dem Referat von Werner Seppmann bei der Veranstaltung zur Ehren des 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution „Der Zukunft wegen“ am 4.11.2017 in Heidenau bei Dresden. Zunächst das Referat und zwei Antworten auf zwei Nachfragen aus dem Publikum.

²⁷ Wesentliche Quelle: Harpal Brar, Perestrojka – der vollständige Zusammenbruch des Revisionismus

4. Referat von Werner Seppmann bei der Veranstaltung „Der Zukunft wegen“ am 4.11.2017 in Heidenau bei Dresden

„Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde es schön, dass ich hier bin.

Wenn wir gläubige Menschen wären, dann würden wir angesichts des Erfolges und des Sieges der Oktoberrevolution von einem Wunder sprechen. Weniger deshalb, weil sie erfolgreich war, denn im Sinne der leninschen Theorie vom schwächsten Glied in der Kette des imperialistischen Weltsystems war die Situation in Russland nach dem Ersten Weltkrieg für den Umsturz reif.

Aber kaum zu erwarten war, dass diese Revolution Bestand haben würde, obwohl, das ist eben schon angesprochen worden, wider alle Wahrscheinlichkeit die Revolution im Westen, also in Deutschland, ausgeblieben war, auf die Lenin alle Hoffnung gesetzt hatte. Aber trotz des Ausbleibens von entlastenden und unterstützenden Entwicklungen in der Welt, konnte bekannter Maßen - sonst wären wir wahrscheinlich nicht hier – die Revolution sich nicht nur zeitweilig, nur temporär, festigen, sondern es konnte auch eine nachkapitalistische Ökonomie und Gesellschaft aufgebaut werden. Ich wäre ein bisschen vorsichtig, dafür deutlich das Wort Sozialismus zu betonen, aber es war auf jeden Fall eine nachkapitalistische Gesellschaft, es war, wie Lenin das immer wieder betont hat, eine Übergangsgesellschaft.

Die Fakten kennt Ihr alle, aber der Vollständigkeit halber will ich es eben doch noch betonen: Trotz aller widrigen Umstände, trotz der Interventionskriege in den Anfangsjahren überlebte die Revolution. Ich würde übrigens dafür plädieren, dass wir nicht von Bürgerkrieg, sondern wirklich von Interventionskriegen sprechen, denn das sind schon diese kleinen Beispiele, wo man in den Opportunismus fällt, und es haben sich natürlich auch russische Klassen an diesem Krieg beteiligt und die Interventionen waren auch in ihrem Interesse, aber die führenden Kräfte waren eben die imperialistischen Kräfte einschließlich - wie Rosa Luxemburg gesagt hat – den größten Lumpen unter Gottes Firmament, nämlich der deutschen Sozialdemokratie.

Dann der faschistische Vernichtungsfeldzug, der ja nicht nur einfach ein Krieg war, sondern wirklich ein Vernichtungsfeldzug, - und trotz der Bedrängnisse in den Nachkriegsjahren, von denen die Atombedrohung ja nur eine Facette war, hat sich die Sowjetunion in einer historisch beispiellosen Weise entwickelt.

Der junge Genosse hat, auch wenn ich einige Dinge anders bewerten, anders einordnen würde, das wesentliche in seiner Skizze der ökonomischen Entwicklung gesagt. Sie hat nicht nur allen existenziellen Bedrohungen standgehalten - und zwar waren das Bedrohungen, bei denen es immer um das Ganze ging, in den Interventionskriegen, im Zweiten Weltkrieg, in der Systemkonfrontation – und trotzdem hat die Sowjetunion epochale ökonomische, kulturelle und zivilisatorische Aufbauleistungen vollbracht. Sie konnte schon innerhalb der zwei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem sie ja die größten Sach- und Menschenopfer aller teilnehmender Länder erbracht hat, als respektable Wirtschaftsmacht und relevanter politischer Faktor sich etablieren.

Es dominierte zwar noch das imperialistische Weltsystem, aber es gehörte zu den Resultaten des Zweiten Weltkrieges, dass mittlerweile ein Sechstel der Erdoberfläche von sozialistischen Staaten bedeckt war. Die Kräfteverhältnisse auf der Welt hatten sich entscheidend verändert – und zwar so entscheidend verändert, dass dann auch die Entkolonialisierungsprozesse möglich wurden.

Aber – jetzt kommt das große Aber: Gerade angesichts dieser unbestreitbaren Erfolgsbilanz, davon brauchen wir wirklich kein Jota zurückzunehmen, stellt sich natürlich die dringliche Frage, warum der Sozialismus gescheitert ist. Und wir müssen ja auch sagen, und da sind wir uns sicherlich auch noch alle einig: er ist in einer besonders schmachlichen Weise gescheitert. Es ist eben keine Niederlage in einem Kampf gewesen – in der Endphase – es ist schon eine Niederlage in einer Konfrontationssituation, es ist aber keine Niederlage in einem Entscheidungskampf gewesen, sondern es ist eine Selbstaufgabe in entscheidenden Bereichen gewesen.

Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen, zu denen ebenso wie die raffinierte Infiltrationsstrategie des imperialistischen Lagers auch natürlich das uns allen bekannte Versagen einflussreicher politischer Akteure in den sozialistischen Ländern gehört. Diese Dinge müssen zur Kenntnis genommen werden und in

ihrer Bedeutung für die Schwächung der sozialistischen Länder analysiert werden.

Der Genosse Gossweiler hat da wesentliche Dinge dargestellt. Ich stimme da nicht mit jedem Urteil überein, aber er hat wesentliche Dinge dieses Prozesses dargestellt. Und seine Darstellungen haben auch einen eminenten Erklärungswert, aber dieser Blickwinkel reicht alleine für eine marxistische Analyse nicht aus.

Bedenken wir einfach nur, dass die Sowjetunion ja ganz andere Bedrohungen überstanden hat als diese Infiltrationsstrategien des imperialistischen Lagers. Allein deshalb ist der exklusive Verweis auf subjektives Versagen, das es ja in vielfältigen Formen gegeben hat, unzureichend. Dieses Versagen hat es ja nicht nur bei den sowjetischen Führungskräften, sondern in ganz unterschiedlicher Weise auch bei den Führungskräften in den anderen sozialistischen Ländern gegeben.

Es ist vor allen Dingen keine marxistische Vorgehensweise, nur auf die subjektiven Bedingungen, tatsächlich auch auf Verrat und all diese Dinge, die es gegeben hat, zu verweisen. Denn materialistisch, d.h. auf Grundlage der sozioökonomischen Entwicklungen, müsste erklärt werden, warum es zu diesen in der Tendenz richtig beschriebenen Verfallserscheinungen gekommen ist, weshalb imperialistische Ideologie ein doch relativ leichtes Spiel hatte, in entscheidende soziale Gruppen des sozialistischen Blocks und der Sowjetunion einzudringen.

Wir können ohne Frage diese Auflösungstendenzen mit konkreten Namen belegen, aber das ist nur von symbolischer Bedeutung. Es lässt sich mit Berechtigung die Meinung vertreten, dass die Organisation des XX. Parteitages der KPdSU ein Fehler war, beispielsweise, weil es keine vorbereitenden Diskussionsprozesse innerhalb der Partei gegeben hat.

Aber gerade dann, wenn man davon überzeugt ist, dass die Intentionen Chruschtschows problematisch und sein Vorgehen desaströs war, drängt sich die Frage auf, weshalb es gerade auch auf der Führungsebene innerhalb der KPdSU keinen Widerstand gegeben hat, - also ganz alleine hat er das nicht gemacht. Auch der Schröder hat Hartz IV nicht alleine gemacht, da gab es Vorbereitungsgremien einschließlich Gewerkschaftern.

Es geht um Probleme, die weit über das auf dem XX. Parteitag der KPdSU Thematisierte hinausgingen. Es ging um mehr als die Probleme des so genannten Personenkultes und es ging auch um mehr – um es formelhaft zu sagen – als um die Missachtung elementarer Prinzipien sozialistischer Gesetzlichkeit. Diese beiden Dinge haben ja in der Chruschtschow-Rede auf dem XX. Parteitag im Vordergrund gestanden.

Aber worum ging es im Kern?

Es ging – stichwortartig formuliert – darum, dass sich die Sowjetunion in einer krisenhaften Umbruchphase befand, einer Umbruchphase, die weniger mit personellen Verantwortungen und personellen Fehlern etwas zu tun hat, ganz einfach deshalb, weil die praktizierten Formen der zentralisierten Planung an ihre Leistungsgrenzen gestoßen waren. Zweifellos, das hat der Genosse auch hier erklärt, waren diese Methoden in der Aufbau- und Rekonstruktionsphase außerordentlich effektiv, nur hatten sie mittlerweile an Effektivität verloren oder hatten Effektivität eingebüßt. Dass die zentralistische Planung Voraussetzung war, um diese schon erwähnten Leistungen zu erbringen und auch in der epochalen Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus die wichtigste Bedingung war, um erfolgreich bestehen zu können, das steht außer Frage.

Aber gerade aufgrund des immensen Erfolges auf jedem nur denkbaren Gebiet hatten sich die sozio-ökonomischen Bedingungen spätestens seit der ersten Hälfte der 50er Jahre tiefgreifend verändert. Es hätte spätestens seit der ersten Hälfte der 50er Jahre zu flexibleren Methoden bei der Organisation der ökonomischen Prozesse gegriffen werden müssen. Und dazu ist man ja auch - das wäre jetzt ein eigenes Thema – in der DDR ein Jahrzehnt später übergegangen.

Es hat ähnliche Diskussionen in allen sozialistischen Ländern mit ganz unterschiedlichen Gewichtungen gegeben. Und es hat diese Diskussionen einfach deshalb gegeben – und das will ich an einem ganz einfachen Beispiel illustrieren: wenn ich ein Haus baue, dann sind in der Anfangsphase eine Schippe, ein Hammer und eine Kelle hilfreiche Instrumente. So, wenn ich dann den Rohbau stehen habe, dann muss ich, wenn ich die Elektroleitungen lege und so weiter und wenn ich dann das Dach decke, andere technologische Methoden und Mittel anwenden.

Also noch einmal: so förderlich und enorm erfolgreich unter den konkreten historischen Bedingungen in den meisten Ländern des sozialistischen Blockes die praktizierte Organisation des materiellen und sozialen Reproduktionsprozesses war, so gab es doch die Notwendigkeit, die Lenkungs- und Organisationsmethoden an das entwickelte ökonomische, soziale und kulturelle Niveau anzupassen – das ist ganz wichtig, das ist hier auch in zwei Beiträgen angedeutet worden, es gab mittlerweile eine ausgebildete, eine kulturell sich entwickelnde Arbeiterklasse – und dem hätte stärker Rechnung getragen werden müssen.

Der unverzichtbare Aufbau der Schwerindustrie und der industriellen Infrastrukturen konnte mit hohem Tempo und mit beachtlichem Erfolg mit den Methoden der Globalplanung - hier wiederhole ich mich noch einmal - in den 30er Jahren, in den späten 40er Jahren und Anfang der 50er Jahre organisiert und vorangetrieben werden.

Aber, und das zeigen alle seriösen Untersuchungen dieser Zeit und da gibt es tatsächlich ganze Bibliotheken auch von marxistischen Ökonomen, sie verloren allmählich an Effektivität. Und wenn man einen Beweis dafür haben will, dann muss man sich tatsächlich unabhängig von Chruschtschow die Diskussionsprozesse unter den Ökonomen in den sozialistischen Ländern anschauen.

Diese Diskussionen fanden deshalb statt und drehten sich um den Punkt, dass die in der Industrialisierungsphase vorteilhaften Methoden sich unter den veränderten Produktions- und Reproduktionsbedingungen allmählich hemmend auswirkten – nicht zuletzt deshalb, weil die Umsetzung gesellschaftlicher Zielvorgaben beispielsweise in der Elektroindustrie eine andere Herangehensweise voraussetzt als es in der Schwerindustrie der Fall ist.

Das ist einer der Gründe, weshalb, weil diese Transformation nicht vollzogen wurde, es diese Abstimmungsprobleme - nennen wir es einmal so - nicht nur gegeben hat, sondern sie zugenommen haben. Die entwickelten gesellschaftlichen Verhältnisse und die neuen Formen der Technik – das ist ein ganz wichtiger Aspekt – die neuen Formen der Technik hätten institutionalisierte flexiblere Formen der Planung und der ökonomischen

Lenkung, Leitung und Teilnahme erfordert. Und das ist in der notwendigen Intensität unterbleiben.

Zwei Aspekte will ich nur noch erwähnen. Partiiell ist ja die Sowjetunion diesen Weg auch gegangen. Zum Beispiel hat man irgendwann in den 60er Jahren den Kolchosebauern kleine Grundstücke zur Eigenbewirtschaftung zur Verfügung gestellt, das war für die Versorgung im lokalen Raum enorm effektiv, ohne dass das sozialistische Wirtschaftssystem dadurch in Frage gestellt worden wäre.

Gewisser Weise ein Merksatz nur noch: Was durch dieses System der praktizierten Planung nicht berücksichtigt wurde, war die Tatsache, dass es gesellschaftliche Eigenbewegungen gibt, die tatsächlich mit dem Plan nicht zu erreichen und nicht zu kontrollieren sind. Und diese Eigenbewegungen, die waren es dann, die diese neue, konterrevolutionäre Schicht in der Sowjetunion hat überhaupt erst aufblühen lassen.

All diese Lücken, die von der globalen Planung nicht gefüllt wurden, die sind dann in der so genannten Schattenwirtschaft ergänzt worden, und in dieser Schattenwirtschaft, da sind diese Schichten herangezogen worden, die dann später die Sowjetunion auf eigene Rechnung übernommen haben.

Danke schön.

Frage Kelly:

Ich habe eine Frage an Werner Seppmann. Ich habe den Eindruck, dass die Zeit für den Genossen Seppmann nicht ganz gereicht hat. Vielleicht wäre sonst die Antwort auf meine Frage bereits beantwortet gewesen. Denn die Frage, die der Genosse Seppmann gestellt hat, die finde ich gut und richtig und da müssen wir uns schon der Anstrengung unterziehen, da die Antwort darauf zu finden. Ansonsten sind wir nicht überzeugend.

Er hat davon gesprochen, dass Anfang der 50er Jahre krisenhafte Umbruchphasen durch veränderte sozioökonomische Bedingungen eingetreten sind in allen sozialistischen Ländern und dass dann die Planwirtschaft darauf nicht mehr adäquat regieren konnte. Und dazu möchte ich gern noch ein paar Ausführungen hören und vielleicht auch ein Beispiel, damit das nicht in dieser Abstraktheit stehen bleibt.

Antwort Werner Seppmann:

Lenin hat auf dieses Problem mit einem sehr interessanten Satz reagiert. Er hat die Frage gestellt, 1919 oder 1920 bei einem Komsomolzen-Kongress: „Wo beginnt das kommunistische Prinzip?“ Das Kommunistische beginnt dort, wo, wörtliches Zitat „der Anteil der freiwillig geleisteten Arbeit das Maß der gesellschaftlich notwendigen überschreitet.“

Das ist genau der Kerngedanke dessen, was ich mit dem Begriff der gesellschaftlichen Selbstorganisationprozesse meine. Selbstorganisationsprozesse in der sozialistischen Gesellschaft natürlich auf der Grundlage von Planungsvorgaben.

Aber - wir sehen es am Beispiel der DDR - man hat tolle Leistungen im Neuwohnungsbau erbracht, aber die alten Häuser sind in einem desolaten Zustand gewesen. Es hätte nicht die Machtbasis des Sozialismus beschädigt, wenn man zum Beispiel die alten Wohnungen in einer Genossenschaftsform organisiert hätte, wo dann die Leute, die in diesen Häusern leben, für die Instandsetzung dieser Häuser verantwortlich gewesen wären. Die hätten dann sozusagen freiwillige Arbeit geleistet, um ihre Wohnungen instand zu setzen und wohnbar zu gestalten.

Dieses Problem, dass mit der globalen Zentralplanung nicht mehr ein Problem gelöst werden konnte, vor diesem Problem stand dann auch China in der Mitte oder Ende der 80er Jahre, und die haben dann zu einem Modell gegriffen, das solche Selbstorganisationsprozesse zulässt, aber es ist dann das kapitalistische Modell gewesen.

Mein Plädoyer ging dahin, sich Gedanken zu machen, wie man genau diese Lücke mit sozialistischen Methoden füllen kann. Wie man also die Initiative in den gesellschaftlichen Basisbereichen mit einer sozialistischen Globalplanung kombinieren kann. Das in aller Kürze als Skizze meiner Gedanken.

Frage Gregor Hollender:

War das nicht sowieso möglich, dass jeder an und in seiner Wohnung arbeiten konnte und dass die Hausgemeinschaften sich um Vorgarten, Treppenhaus und so weiter kümmerten?

Antwort Werner Seppmann:

Na ja, ich muss nur durch die Städte im Osten gehen oder mir die Zustände 1990 anschauen, dann habe ich es sinnbildlich vor Augen, dass das eben nicht geschehen ist. Wir haben jede Menge verfallener Häuser und Wohnungen gehabt bei immer noch bestehender Wohnungsknappheit in der DDR.

Das kann man einfach nicht wegdiskutieren. Wer das wegdiskutiert, der will tatsächlich nicht mehr die Realität wahrnehmen.

Es geht darum: wie kann ich mit diesem Problem umgehen? Ich kann das mit einem staatlichen Programm der Wohnungsanierung machen, aber dazu war die DDR nicht in der Lage gewesen. Wenn man dann dieses Modell der Genossenschaften gewählt hätte, hätte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen können: Genauso, wie der kleine Bauer seinen kleinen Acker sehr, sehr intensiv bewirtschaftet, hätten dann die Leute ihre Wohnungen instand gesetzt. Man hätte natürlich Baumaterial zur Verfügung stellen müssen und damit hätte man auch den Kaufkraftüberhang, der ja ein ganz, ganz großes Problem war und der die Menschen in der DDR demotiviert hat, den hätte man auch mit einfangen können.“

So weit Werner Seppmann.

5. Analyse der von Werner Seppmann vorgetragenen Vorstellungen:

Werner Seppmann stellt die These auf, dass ab etwa Mitte der 50er Jahre eine Veränderung der sozio-ökonomischen Bedingungen in der Sowjetunion eintrat.

Hier nochmals die wesentlichen Passagen seines Referates zu dieser These:

„Was durch dieses System der praktizierten Planung nicht berücksichtigt wurde, war die Tatsache, dass es gesellschaftliche Eigenbewegungen gibt, die tatsächlich mit dem Plan nicht zu erreichen und nicht zu kontrollieren sind.“

„Aber gerade aufgrund des immensen Erfolges auf jedem nur denkbaren Gebiet hatten sich die sozio-ökonomischen Bedingungen spätestens seit der

ersten Hälfte der 50er Jahre tiefgreifend verändert. Es hätte spätestens seit der ersten Hälfte der 50er Jahre zu flexibleren Methoden bei der Organisation der ökonomischen Prozesse gegriffen werden müssen.“

„Es ging – stichwortartig formuliert – darum, dass sich die Sowjetunion in einer krisenhaften Umbruchphase befand, einer Umbruchphase, die weniger mit personellen Verantwortungen und personellen Fehlern etwas zu tun hat, ganz einfach deshalb, weil die praktizierten Formen der zentralisierten Planung an ihre Leistungsgrenzen gestoßen waren.“

„Die entwickelten gesellschaftlichen Verhältnisse und die neuen Formen der Technik – das ist ein ganz wichtiger Aspekt – die neuen Formen der Technik hätten institutionalisierte flexiblere Formen der Planung und der ökonomischen Lenkung, Leitung und Teilnahme erfordert.“

„Es hat ähnliche Diskussionen in allen sozialistischen Ländern mit ganz unterschiedlichen Gewichtungen gegeben. Und es hat diese Diskussionen einfach deshalb gegeben – und das will ich an einem ganz einfachen Beispiel illustrieren: wenn ich ein Haus baue, dann sind in der Anfangsphase eine Schippe, ein Hammer und eine Kelle hilfreiche Instrumente. So, wenn ich dann den Rohbau stehen habe, dann muss ich, wenn ich die Elektroleitungen lege und so weiter und wenn ich dann das Dach decke, andere technologische Methoden und Mittel anwenden.“

Welche Begründung führt er für seine These an? Krisenhafte Umbruchsituation, Leistungsgrenzen der zentralisierten Planung, gesellschaftliche Eigenbewegungen, die mit dem Plan nicht zu erreichen sind, neue Formen der Technik. Und dann illustriert er das Ganze mit dem Beispiel des Hausbaus.

Natürlich muss man konkret fragen, welche krisenhafte Umbruchsituation denn entstanden war, wieso es Leistungsgrenzen der Planwirtschaft gegeben haben soll und wie die ausgesehen haben, um welche gesellschaftlichen Eigenbewegungen es sich seiner Ansicht nach handelte und warum solche nicht mit dem Plan erreichbar sein sollen und warum neue Formen der

Technik „flexiblere“²⁸ Formen der Planung und der ökonomischen Lenkung, Leitung und Teilnahme erfordert hätten, wieso also neue Technologien die Planwirtschaft in Frage stellen könnten.

Antworten darauf gibt es bei Seppmann nicht.

Sein Beispiel des Hausbaus ist schlicht lächerlich, selbstverständlich kann die Planwirtschaft nicht nur mit Kelle und Schaufel umgehen, sondern auch Elektroleitungen und Dachziegel verlegen. Ich weiß, das war von ihm nur als ein Bild, ein Beispiel gemeint. Aber mich würde schon sehr interessieren, warum die Planwirtschaft nicht in der Lage sein soll, die modernsten Technologien erstens zu entwickeln und zweitens anzuwenden.

Es ist doch genau anders herum: die privatwirtschaftliche, kapitalistische Ökonomie entwickelt zwar die Produktivkräfte, hindert sie aber z.T. an ihrer Entfaltung und positiven Wirkung (siehe Monopol und Krise), hält bestimmte Technologien oder Erfindungen zurück (weil Produkte durch sie haltbarer würden oder eine Investition nicht genug Profit bringen würde) und kann die eigenen Produktivkräfte nicht beherrschen, so dass sie sich zu Destruktionskräften entwickeln – nicht nur, was die Umwelt angeht. Das alles ist dem Privateigentum an den Produktionsmitteln geschuldet. Die Planwirtschaft kann all das, was der Kapitalismus nicht beherrschen kann, sehr wohl und selbstverständlich beherrschen und gesellschaftlich nutzbar machen, weil die Zwänge der Privatwirtschaft entfallen und die gesamte Ökonomie der gesellschaftlichen Planung und damit der gesellschaftlichen Vernunft zugänglich wird.

Nochmals Stalin mit einem wesentlich realeren Beispiel zum Thema Technologieentwicklung und Planwirtschaft als es Seppmann mit seinem Hausbau ist: *„Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unseres Landes, über das Wachstum der Getreideproduktion, der Produktion von Baumwolle, Flachs, Zuckerrüben usw. Wo ist die Quelle dieses Wachstums? Die Quelle dieses Wachstums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen, die für alle diese Produktionszweige arbeiten. Es handelt sich hier nicht nur um die*

²⁸ Der Begriff „flexiblere Formen der Wirtschaftslenkung“ heißt übersetzt: marktwirtschaftliche Reformen.

Technik schlechthin, sondern darum, dass die Technik nicht auf der Stelle treten darf - sie muss sich ständig vervollkommen – dass die veraltete Technik ausrangiert und durch eine moderne und die moderne wiederum durch die modernste ersetzt werden muss. Anders ist das Vorwärtsschreiten unserer sozialistischen Landwirtschaft undenkbar. ... Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, Zehntausende von veralteten Mähdreschern durch neue zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Können etwa unsere Kollektivwirtschaften diese Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind? Nein, das können sie nicht. ... Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er – und nur er – ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn man die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt, denn er – und nur er – ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden.“²⁹

Das also zu den von Werner Seppmann behaupteten Leistungsgrenzen der „zentralisierten Planung“.

Was bietet uns Werner Seppmann nun als Ausweg aus der von ihm behaupteten Schwäche der Planwirtschaft an? Reformen, die Warenproduktion und –zirkulation ausweiten, nämlich Genossenschaften und kleine bäuerliche Privatwirtschaften.

„Wenn man dann dieses Modell der Genossenschaften gewählt hätte, hätte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen können: Genauso, wie der kleine Bauer seinen kleinen Acker sehr, sehr intensiv bewirtschaftet, hätten dann die Leute ihre Wohnungen instand gesetzt.“

Werner Seppmann plädiert also für gemischte Eigentumsformen im Sozialismus, er fordert nicht nur Genossenschaften, sondern auch kleinbäuerliches Wirtschaften. Das ist nicht Marx, nicht Engels, nicht Lenin, das ist Gorbatschow: *„Unsere Aufgabe ist es, sie in bestimmter Weise*

²⁹ J.W. Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Stalin Werke Bd. 15, S. 381

umzustrukturieren; den Bauern zu einem wahren Meister auf dem Lande zu machen, ihm zu ermöglichen, all seine Energie, seine Kenntnisse und Fähigkeiten darauf zu verwenden.“ Demgemäß forderte „Gorbi“ die „Annahme eines Sondergesetzes über Pachtbesitz“, und fügte hinzu, dass diese Pachtungen „langfristiger Natur sein sollten und für einen Zeitraum von etwa 25 – 30 und sogar 50 Jahren überlassen werden sollten. Allgemein müsste das Problem so gestellt werde: Niemand hat das Recht, Menschen die Möglichkeit vorzuenthalten, auf Pachtvertragsbasis zu arbeiten.“³⁰

Dass Seppmann mit seinen Vorschlägen implizit fordert, die Warenproduktion auszuweiten und das Wertgesetz zu zementieren - mindestens als „Ergänzung“, wenn nicht als „Ersatz“ der gesellschaftlichen Planung, erwähnt Seppmann natürlich nicht. Und dass man, wenn man die Wirksamkeit der gesellschaftlichen Planung einschränkt und sie damit schwächt, selbstverständlich den Sozialismus schwächt, weil man der Erosion seiner Grundlagen das Wort redet, kommt bei ihm selbstverständlich auch nicht vor. Friedrich Engels hatte zu solchen Vorstellungen geschrieben, das sei so, als wolle man „...eine Gesellschaft, in der die Produzenten endlich einmal ihr Produkt beherrschen, herstellen durch konsequente Durchführung einer ökonomischen Kategorie, die der umfassendste Ausdruck der Knechtung der Produzenten durch ihr eigenes Produkt ist.“³¹

Die Bolschewiki habent bekanntlich mit der neuen Ökonomischen Politik einen Rückgriff auf privatwirtschaftliche Elemente vorgenommen. Sie tat das, um einerseits die Bauern, die wegen Erstem Weltkrieg und den auf die Oktoberrevolution folgenden Interventionskriegen in großer Zahl zur Subsistenzwirtschaft übergegangen waren, dazu zu bewegen, ein Mehrprodukt herzustellen, damit sowohl die Städte versorgt als auch Mittel für den ersten Aufbau der Industrie erwirtschaftet werden konnten. Sie tat das, um andererseits Konzessionen an ausländische Kapitalisten sowie Verpachtung an Privatkapitalisten vorzunehmen, dies im wesentlichen zum

³⁰ Gorbatschow, Bericht an das Zentralkomitee der KPdSU, 29. Juli 1988, zitiert nach H. Brar, a.a.O., S. 71f.

³¹ Friedrich Engels, Herrn Eugen Dürings Umwälzung der Wissenschaft, MEW 20, S. 289

Aufbau der Industrie. Wie bewusst sich Lenin darüber war, welches Risiko dieser Schritt bedeutete, zeigt folgendes Zitat:

„Die Neue Ökonomische Politik bedeutet die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Steuer, bedeutet den Übergang zur Wiederherstellung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß. In wie großem Ausmaß, das wissen wir nicht. Konzessionen an ausländische Kapitalisten ..., Verpachtung an Privatkapitalisten - das ist eben eine direkte Wiederherstellung des Kapitalismus, und das ist mit den Wurzeln der Neuen Ökonomischen Politik verbunden. ... Und die Grundfrage besteht vom Standpunkt der Strategie in folgendem: Wer wird diese neue Lage schneller ausnutzen? Die ganze Frage ist, wem die Bauernschaft folgen wird – dem Proletariat, das bestrebt ist, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen, oder dem Kapitalisten, der sagt: 'Machen wir kehrt, so ist es ungefährlicher; mit ihrem Sozialismus sollen sie uns vom Leibe bleiben.' Die ganze Frage ist die: Wer wird wen überflügeln? Gelingt es den Kapitalisten, sich früher zu organisieren, dann werden sie die Kommunisten zum Teufel jagen, darüber braucht man überhaupt kein Wort zu verlieren. Man muss diese Dinge nüchtern betrachten. ... Woher soll das Volk das Bewusstsein haben, dass sich an Stelle von Koltschak, Wrangel und Denikin hier, mitten unter uns, der Feind befindet, der alle früheren Revolutionen zugrunde gerichtet hat? ... Unsere Partei hat die Aufgabe, das Bewusstsein zu wecken, dass der Feind mitten unter uns der anarchische Kapitalismus und der anarchische Warentausch ist. Man muss dieses Wesen des Kampfes klar begreifen und darauf hinwirken, dass die breitesten Arbeiter- und Bauernmassen dieses Wesen des Kampfes klar begreifen: Wer – wen? Wer wird die Oberhand gewinnen?!“³²

Ich denke, dass damit die wesentlichen Aussagen Werner Seppmanns analysiert und damit kritisiert sind. Ich könnte noch ins Einzelne gehen, z.B. auch auf die Verwendung der Begriffe z.B. der Begriffskreation der „zentralisierten Planung“, die ja eine Differenz zwischen Planung und Zentralisierung nahelegt, die Zentralisierung als etwas der Planung äußerliches darstellt, ebenso könnte ich noch einiges zu Habitus und

³² (W.I. Lenin: Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgabe der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, Lenin Werke Bd. 33, S. 44 ff)

Blickwinkel des Seppmann-Vortrages sagen, aber das würde die Grenzen dieses Heftes völlig, es soll jetzt genügen.

Stattdessen möchte ich auf ein weiteres Problem eingehen: Die Seppmann-Thesen stehen nicht allein im Raum. Diese Diffamierung der Planwirtschaft hat eine lange Tradition³³ und ist innerhalb der Linken sehr weit, innerhalb der kommunistischen Bewegung weit verbreitet.

Es ist nachgewiesen, dass die Abweichung von der Planwirtschaft, ihre schrittweise Zersetzung durch die Schwächung der zentralen Planung, die Implantierung von marktwirtschaftlichen Elementen in den Sozialismus, die vermehrt zugelassene „Arbeit auf eigene Rechnung“ usw. die ökonomische Grundlage des Sozialismus zerstört hat. Trotzdem halten nicht unwesentliche Teile der kommunistischen Bewegung an diesen Konzepten fest. Damit das möglich ist, bezeichnen sie ausgerechnet die Planwirtschaft – die ja mit der Stalin-Ära zusammenfällt – als Ursache für die Niederlage, mache nennen die planwirtschaftlichen Vorgehensweisen der Sowjetunion gar „Entstellungen des Sozialismus“.

Das ist sehr tragisch, weil damit das Ziel der kommunistischen Bewegung unklar und umstritten ist. Und weil es ohne gemeinsames Ziel keinen gemeinsamen Weg geben kann.

6. Seppmann ist (leider) nicht allein

Für dieses Dilemma möchte ich noch zwei Beispiele anfügen³⁴, die „Sozialismusvorstellungen der DKP“ und einen Artikel aus dem „RotFuchs“ vom August 2017

³³ Versuche dazu gab es immer, auch während der Ära Stalin, damals wurden sie allerdings bekämpft. Nach 1953 und verstärkt nach 1956 wurden sie zur Staatsdoktrin in der Sowjetunion.

³⁴ Es gäbe leider noch eine Menge weiterer Beispiele, aber es handelt sich immer um die gleichen Anwürfe, nur etwas anders formuliert.

Entwurf der Sozialismusvorstellungen der DKP (Auszüge)³⁵

„Sozialistische Selbstverwaltung der Produzenten lässt sich am ehesten unter Bedingungen genossenschaftlichen Eigentums oder in ähnlichen Formen kollektiven Eigentums verwirklichen. Diese sollten darum, wo immer dies möglich ist, Verbreitung finden. Der Zusammenschluss zu solchen Eigentumsformen darf nur auf freiwilliger Grundlage erfolgen. Für bestimmte Wirtschaftsbereiche bleibt jedoch das öffentliche Eigentum in Form von kommunalem, Landes- oder Bundeseigentum unverzichtbar. Die Beziehungen zwischen dem Staat als Eigentümer und den Betrieben sollte so gestaltet werden, dass auch hier die ökonomische Verantwortung und die Entscheidungsbefugnisse so weit wie möglich an die Betriebe und ihre Arbeitskollektive übergehen. ... In manchen Bereichen des Handwerks und des Dienstleistungssektors kann kleines Privateigentum besser geeignet sein, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, als gesellschaftliches. Die DKP tritt dafür ein, dass dort, wo dies der Fall ist, kleines Privateigentum unter sozialistischen Bedingungen eine gesicherte Perspektive erhält.“³⁶

Wir finden hier zunächst dasselbe wie bei Werner Seppmann und bei Professor Dippe: gemischte Eigentumsformen – nicht für eine eventuell notwendige Übergangszeit, sondern als Ziel und Grundlage des Sozialismus. Was das bedeutet, sei nur noch kurz wiederholt: bei unterschiedlichen Eigentumsformen bleibt die Warenform der Produkte erhalten, damit das Wertgesetz als bestimmendes Element der Produktion. Über die Folgen einer solchen Vorstellung von Sozialismus ist bereits alles gesagt worden.

³⁵ Entwurf der Sozialismusvorstellungen der DKP, nach: offen-siv 5-1997. Die dann später zum Beschluss vorgelegten Sozialismusvorstellungen, die aber nicht beschlossen, sondern als Arbeitsmaterial an Vorstand und Partei verwiesen wurden, haben einen etwas anderen Text. Ich habe trotzdem diese Fassung gewählt, weil sie die typische Verdrehungen enthält, die ausgesprochen weit verbreitet sind. Mir geht es hier also nicht vordergründig um eine „Abrechnung“ mit der DKP, sondern um eine Kritik typischer Vorurteile gegen die Planwirtschaft – unabhängig davon, wo sie geäußert werden.

³⁶ Sozialismusvorstellungen der DKP, Entwurf, nach: offen-siv 5-1997

Darüber hinaus aber gibt es interessante Vorstellungen über das „öffentliche Eigentum“: Dieses soll nämlich kommunales, Landes- und Bundeseigentum sein, sich also in den Händen dreier unterschiedlicher Eigentümer befinden. Und die Entscheidungen über die Wirtschaftstätigkeit dieser sich in kommunalem, Landes- und Bundeseigentum befindlichen Betriebe sollen nicht zentral, auch nicht auf Landes- oder kommunaler Ebene fallen, nein, die DKP möchte, *„dass auch hier die ökonomische Verantwortung und die Entscheidungsbefugnisse so weit wie möglich an die Betriebe und ihre Arbeitskollektive übergehen.“* Das schließt nicht nur eine zentrale Planung der Produktion aus, das schließt jede Planung der Produktion aus. Wenn die Betriebe bei Fortbestehen von Warenproduktion und Warenzirkulation selbst entscheiden, was sie wie produzieren, unterscheiden sie sich von normalen kapitalistischen Betrieben in – nichts. Folgendes hingegen steht im Kommunistischen Manifest: *„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren.“*³⁷ Was die DKP in diesem Entwurf Ende der 90er Jahre über die verschiedenen Eigentumsformen schreibt, hat mit Marx und Engels leider nichts mehr zu tun.

Und es geht noch weiter: das kleine Privateigentum soll im Sozialismus eine *„gesicherte Perspektive“* erhalten. Das Privateigentum (an den Produktionsmitteln) soll also nicht wie bei der Neuen Ökonomischen Politik der Sowjetunion eventuell in einer Notlage nach Krieg, Revolution und nochmals Krieg unter aufmerksamer Beachtung der Gefahr, die von ihm ausgeht, als vorübergehende Maßnahme erlaubt sein, um überhaupt ein Mehrprodukt schaffen zu können, sondern im Sozialismus eine *„gesicherte Perspektive“* erhalten, also ein *„gesicherter“* Teil der sozialistischen Ökonomie sein. Damit zementiert man Ware, Wertgesetz und Gewinnstreben für die künftige Gesellschaft. Es sei hier nochmal an Lenin erinnert: *„Die Neue Ökonomische Politik bedeutet ... den Übergang zur Wiederherstellung des Kapitalismus in beträchtlichem Ausmaß. In wie großem Ausmaß, das wissen wir nicht. ... Die ganze Frage ist die: Wer wird wen überflügeln?“*

³⁷ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, MEW 4, S. 481

*Gelingt es den Kapitalisten, sich früher zu organisieren, dann werden sie die Kommunisten zum Teufel jagen, darüber braucht man überhaupt kein Wort zu verlieren. ... Man muss dieses Wesen des Kampfes klar begreifen und darauf hinwirken, dass die breitesten Arbeiter- und Bauernmassen dieses Wesen des Kampfes klar begreifen: Wer – wen? Wer wird die Oberhand gewinnen?!*³⁸
Was die DKP in diesem Entwurf Ende der 90er Jahre über das Privateigentum im Sozialismus schreibt, hat mit Lenin leider nichts mehr zu tun.

Prof. Dr. Achim Dippe³⁹: Sozialismus und Wertgesetz – eine widersprüchliche Einheit (erschieden im RotFuchs, Ausgabe August 2017, Auszüge)

Prof. Dippe setzt sich in dem Artikel mit einer Arbeit von Hermann Jacobs auseinander, die vorher im RotFuchs erschienen war. Hermann Jacobs ist ein Verfechter der Schlussfolgerungen unserer Klassiker. Ich habe fünf für den Dippe-Text typisch Zitat ausgewählt.

„Jacobs ersetzt (für die Planwirtschaft im Sozialismus; F.F.) die von Marx skizzierten Prozesse Ware-Geld-Ware bzw. Geld-Ware-Geld plus als Wesenselemente jeder arbeitsteiligen Produktion durch eine proportionale Zuordnung bzw. Verteilung von Arbeit in der Gesellschaft.“⁴⁰

³⁸ (W.I. Lenin: Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgabe der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung, Lenin Werke Bd. 33, S. 44 ff)

³⁹ Prof. Dr. Achim Dippe hat von 1954-1959 an der Humboldt-Universität Berlin und an der Lomonossow-Universität Moskau studiert mit dem Anschluss Dipl.Ök. Ab 1960 war an der PHS Assistent und Dozent. 1967 wurde er stellvertretender Leiter des Lehrstuhls Ökonomik der Industrie, 1973 ordentlicher Professor desselben. 1985 stieg er zum Leiter dieses Lehrstuhls auf. Von 1990-1995 war er Dozent an der Berlin-Brandenburgischen Fortbildungsakademie

⁴⁰ Prof. Dr. Achim Dippe: Sozialismus und Wertgesetz – eine widersprüchliche Einheit; in: RotFuchs, Ausgabe August 2017, S. 25; die weiteren vier Zitate sind ebenda zu finden.

„Die einseitige, scheinrevolutionäre Fokussierung auf Gebrauchswerte mündet folgerichtig in dem Vorschlag, alles in der Volkswirtschaft mit Zuteilungen, Kontingenten und Genehmigungen zu regeln. Die Produzenten sind nach diesem Konstrukt nur noch ausführende Subjekte, die durch zentral regulierte Güter und Geldfonds versorgt und kontrolliert werden.“

„Die Kategorien der Warenproduktion und des Wertgesetzes selbst sind seit über 2000 Jahren existent. Sie sind, bezogen auf die Gesellschaftsordnung, neutrale Kategorien einer arbeitsteiligen Produktion, bei Vorhandensein mannigfacher Eigentumsformen. ... Es genügt nicht, die Ware-Wert-Kategorien nur mit einem bestimmten vorherrschenden Eigentumstyp in Verbindung zu bringen.“

„Es wäre eine Art moderner ökonomischer ‚Maschinenstürmerei‘, würde man aus revolutionärer Überzeugung und aus Ablehnung der Gebrechen des Kapitals heraus die Warenproduktion und das Wertgesetz mit ihrem hervorgebrachten Geflecht rationeller ökonomischer und finanzieller Abhängigkeiten abschaffen. An ihre Stelle müssten ineffiziente Verwaltungsakte, papierne Festlegungen und subjektivistisch gefärbte Berechnungen treten, die dem beginnenden Sozialismus den sicheren Tod bringen würden.“

„Sozialismus und Wertgesetz sind eine widersprüchliche Einheit, die aber von der ökonomischen Interessenlenkung und –realisierung objektiv erforderlich, in dieser Einheitlichkeit sogar alternativlos ist.“

Daran ist alles falsch.

Im ersten Zitat bezeichnet Prof. Dippe die von Marx „skizzierten“ Prozesse *„Ware-Geld-Ware bzw. Geld-Ware-Geld plus als Wesenselemente jeder arbeitsteiligen Produktion...“*.

Seiner Auffassung nach ist die Ursache der Warenproduktion und des Kapitals also die Arbeitsteilung, nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Einen solchen Unsinn habe ich selten gelesen. Marx dazu: *„Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte unabhängig voneinander betriebener Privatarbeiten sind.“*⁴¹ Also

⁴¹ Karl Marx, Das Kapital, Bd.1, MEW 23, S. 87

nicht: weil es eine Arbeitsteilung gibt, sondern: weil es sich um Privatarbeiten handelt.

Im zweiten Zitat diskriminiert Achim Dippe den Zugriff gesellschaftlicher Vernunft auf die Produktion, wie ihn die Planwirtschaft ermöglicht, als *„Vorschlag, alles in der Volkswirtschaft mit Zuteilungen, Kontingenten und Genehmigungen zu regeln.“*

Ja, natürlich, kann ich da nur sagen. Denn wenn das Wertgesetz die Dinge regelt, haben weder Menschen noch Natur eine Chance zu überleben. Dann geht es nur um die „kalten Wasser der Berechnung“ (Marx). Gesellschaftlich verabredete Kontingente, Zuteilungen und Genehmigungen sind das Beste, was einer Gesellschaft passieren kann! Dippe aber meint: *„Die Produzenten sind nach diesem Konstrukt nur noch ausführende Subjekte.“* Nein, lieber Professor, nach einem solchen Konstrukt würden sie erstmals in der Geschichte bestimmende Subjekte!

Im dritten Zitat behauptet unser Professor, dass das Wertgesetz und die Warenproduktion *„bezogen auf die Gesellschaftsordnung neutrale Kategorien“* seien.

Dazu Friedrich Engels: *„Der Wertbegriff ist der allgemeinste und daher umfassendste Ausdruck der ökonomischen Bedingungen der Warenproduktion. Im Wertbegriff ist daher der Keim enthalten, nicht nur des Geldes, sondern auch aller weiter entwickelten Formen der Warenproduktion und des Warenaustausches. ... In der Wertform der Produkte steckt daher bereits im Keim die ganze kapitalistische Produktionsform, der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, die industrielle Reservearmee, die Krisen.“*⁴²

Mehr muss man dazu nicht sagen.

Weiterhin behauptet Dippe dort: *„Es genügt nicht, die Ware-Wert-Kategorien nur mit einem bestimmten vorherrschenden Eigentumstyp in Verbindung zu bringen.“*

⁴² Friedrich Engels, Herrn Eugen Dürings Umwälzung der Wissenschaft, MEW 20, S. 289; siehe oben

Man sollte ihm das Studium von Karl Marx Das Kapital, Band I empfehlen. Voraussetzung für die Warenproduktion ist das Vorhandensein des Privateigentums, das Problem, dass gesellschaftliche Arbeit nicht als gesellschaftliche verausgabt wird, sondern als Privatarbeit erst den Charakter der Ware annehmen muss, um sich auf dem Markt zu beweisen. Dieses Wissen sollte schon zum kleinen Ein-Mal-Eins eines jeden Kommunisten und erst recht eines ehemaligen Lehrstuhlinhabers für Ökonomik der Industrie in einem sozialistischen Land gehören.

Im vierten Zitat behauptet Prof. Dippe, das Wertgesetz habe ein „*Geflecht rationeller ökonomischer und finanzieller Abhängigkeiten*“ geschaffen.

Zur Rationalität dieser zweifellos vorhandenen Abhängigkeiten nochmals Friedrich Engels: „*Überschuss des Angebots über die Nachfrage, Überproduktion, Überfüllung der Märkte, zehnjährige Krisen, fehlerhafter Kreislauf: Überfluss hier, von Produktionsmitteln und Produkten – Überfluss dort, von Arbeitern ohne Beschäftigung und ohne Existenzmittel; aber diese beiden Hebel der Produktion und gesellschaftlichen Wohlstands können nicht zusammentreten, weil die kapitalistische Form der Produktion den Produktivkräften verbietet, zu wirken, den Produkten, zu zirkulieren, es sei denn, sie hätten sich vorher in Kapital verwandelt: was gerade ihr eigener Überfluss verhindert.*“⁴³

Rationell ist daran wenig.

Und zusätzlich verunglimpft Achim Dippe hier die gesellschaftliche Planung mit den Worten, dass an die Stelle des eben in leuchtenden Farben dargestellten „rationellen Geflechts“, welches das Wertgesetz hervorbrächte, dann, wenn man es überwinden wolle, „*ineffiziente Verwaltungsakte, papierne Festlegungen und subjektivistisch gefärbte Berechnungen treten*“ würden.

Dippe diskriminiert also jede gesellschaftliche Planung, jede menschliche Aktivität bezüglich einer Wirtschaftsplanung und Wirtschaftskontrolle als ineffizient, papiern und subjektivistisch gefärbt. Ich will nicht abstreiten, dass

⁴³ Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, MEW 19, S. 228, siehe oben.

es in der Planwirtschaft zu Fehlern kommen kann, denn sie wird von Menschen gemacht und Menschen machen Fehler. Aber Menschen sind lernfähig und können sehr gut aus Fehlern lernen.

Von vornherein davon auszugehen, dass eine von Menschen geplante Ökonomie ineffizient, papiern und subjektivistisch sein muss, ist zumindest defätistisch, im Resultat aber konterrevolutionär. Wenn der Professor Recht hätte, könnten wir morgen alle unsere Bemühungen um eine bessere Zukunft der Menschheit einstellen.

Im fünften Zitat kommt Dippe schließlich zu der Überzeugung, dass der Sozialismus und das Wertgesetz „*als widersprüchliche Einheit*“ nicht nur „*objektiv erforderlich*“, sondern auch „*alternativlos*“ sei.

Es ist gut zu wissen, dass es nicht so ist.

7. Fazit

Werner Seppmann, der Entwurf der Sozialismusvorstellungen der DKP und Prof. Dippe, und das sind nur drei Beispiele von unendlich vielen, haben mit ihren Behauptungen und Zielvorstellungen, die kurz umrissen lauten: das Wertgesetz gilt ewig, der Sozialismus braucht gemischte Eigentumsformen, zentrale Planung ist zu „zentralistisch“, Planwirtschaft ist ineffizient und unflexibel, - den wissenschaftlichen Sozialismus verlassen.

Sie bewegen sich nicht auf der Grundlage der wissenschaftlichen Analysen unserer Klassiker, sondern nehmen eine Revision dieser Analysen vor, behaupten Abweichendes bis Gegenteiliges.

Damit stärken sie nicht den Sozialismus, nicht die kommunistische Bewegung, nicht den Kampf des Proletariats, sondern sie verwirren ihn, bringen Unklarheit und Durcheinander in die Bewegung, drehen das Rad der Erkenntnis zurück in die vormarxistische Zeit der utopischen, subjektivistischen und kleinbürgerlichen Sozialismusvorstellungen.

Wir haben es hier mit dem Revisionismus zu tun, dessen klassische Variante (die die Parteien in kapitalistischen Ländern betraf und betrifft) schon die alte, revolutionäre Sozialdemokratie umgebracht und inzwischen auch eine

stättliche Anzahl von kommunistischen Parteien zerstört hat und dessen moderne Ausprägung (die sich innerhalb der sich an der Macht befindenden kommunistischen Parteien ausbreitete) die sozialistischen Staaten Europas der Konterrevolution ausgeliefert hat.

Die Notwendigkeit, ihn zu bekämpfen, begleitet die kommunistische Bewegung schon von Anfang an.

Es geht nicht um einen „Meinungsstreit“ unter Gleichgesinnten, um eine „Diskussion“ unter Kommunistinnen und Kommunisten, eine „Suche“ nach dem richtigen Weg, es geht um Sozialismus oder Konterrevolution, um Sein oder Nichtsein der kommunistischen Bewegung.

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49,

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt